

Bezugspreis:

Für den Monat April 1923 M. ...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Sonntagsbeilage ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 24. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Havensteins Anklage.

Der Reichsbankpräsident gegen die Schwerindustrie.

Seit dem vergangenen Mittwoch haben sich die bis dahin heimlichen Wühlereien der Spekulation gegen den Stand der Mark zu einem neuen offenen Vorstoß gegen die deutsche Währung verwickelt.

Die Mittelungen über das verbrecherische Treiben der Spekulation, der Banken und einzelner Industrieller werden aber vollinhaltlich bestätigt von einem Mann, der es schließlich auch wissen muß, obwohl er vier Jahre lang nicht daran glauben wollte und in dieser Zeit die Währungspekulation nicht zu verhindern wußte.

Das ist nicht gefahren, und das hat die Wirkung gehabt, daß unsere Gegner die Widerstandskraft und den Widerstandswillen der deutschen Wirtschaft glaubten schwächer einschätzen zu dürfen, als sie sind.

unbekümmert um das Wohl des Ganzen, in härterer Weise hervordrangte und durch Vorverkäufe an dem einen und Einbedung der Börse am anderen Tage die Stützungs-

aktion erschwerte. Wir haben aber auch mit diesem Bedauern und mit ernster Sorge wahrnehmen müssen, daß nicht nur jene Tagespekulation ihren eigenen Acker pflügte, sondern daß in dieser Zeit des schwersten Ringens Deutschlands auch

erste Kreise unserer Wirtschaft

das Recht zu haben glaubten, sich nicht nur für den zwingenden Bedarf einer nahen Zukunft, sondern auch weiterhin auf Vorrat oder für Devisen, die sie abgestoßen hätten, mit großen Beträgen einzudecken und selbst vor Konzentrationen (Großaufträgen) nicht zurückzucken.

Das sind harte und strenge Worte. Leider gibt uns die Person des Herrn Havenstein keine Gewähr dafür, daß man nun auch harte und strenge Taten gegen die Verbrecher am Abwehrkampf und am ganzen Volke trifft.

Um so notwendiger ist es, daß wir die Quertreiber der Banken und der Schwerindustrie gegen die Interessen des Volkes vor aller Welt kennzeichnen.

Die Zukunft des Sozialismus.

Lloyd George über den kommenden Kampf.

In der Geschichte der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung war bis noch vor einigen Jahren das Kapitel England das am wenigsten erfreuliche. Während in Deutschland seit der Agitation Lassalles in den sechziger Jahren des verflochtenen Jahrhunderts die Sozialdemokratie zu einem immer stärkeren Faktor des öffentlichen Lebens empor gedieh, kam die sozialistische Bewegung in England über die Entwicklung zur Sekte kaum hinaus.

Run hat der Weltkrieg die Arbeiterklasse Englands wachgerüttelt. Die Verbindung zwischen dem sozialistischen Gedanken und der englischen Arbeiterpartei, die sich auf die Millionenmitgliedszahl der Gewerkschaften stützt, ist hergestellt.

Im Hinblick auf die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, natürliche Hilfsquellen und Produktionskräfte entsprechend auszunutzen und zu organisieren oder gewaltige Massen der Bevölkerung die gebührende Lebenshaltung zu sichern, und in der Ueberzeugung, daß die Ursache dieses Verfalls im Privateigentum und in der privaten Kontrolle der Produktions- und Verteilungsmittel liegt, erklärt das Haus, daß die Befreiung darauf hin arbeiten solle, schrittweise das kapitalistische System durch eine industrielle und soziale Ordnung zu ersetzen, die auf dem gesellschaftlichen Besitz und der demokratischen Kontrolle der Mittel der Produktion und Verteilung beruht.

Dieser Antrag und die — vorläufig unterbrochene — Debatte über ihn haben in der gesamten englisch sprechenden Welt das ungeheuerste Aufsehen hervorgerufen. Neuerdings beschäftigt sich auch der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George mit ihm in einem Artikel, der gleichzeitig von einer Reihe von Zeitungen in den Hauptstädten Europas und Amerikas veröffentlicht wird.

Lloyd George erinnert daran, daß im Jahre 1885 nur zwei ausgesprochene Gegner des Kapitalismus zum Unterhaus kandidierten, von denen der eine ganze 32, der andere 29 Stimmen erhielt. Bei den letzten Wahlen wurden aber 425101 sozialistische Stimmen abgegeben, während die jetzt regierende konservative Partei im ganzen 5467871 Stimmen musterte.

Wenn dies die Auffassung der Mehrheit dieser Herren und ihrer Wähler richtig wiedergibt, so ist schon die Hälfte der britischen Wählerschaft bereit, der schrittweisen Einführung des Sozialismus zuzustimmen, die den Zweck des Antrages Snowdens bildet.

Und er fährt fort: Wenn dem so ist, so stehen wir am Vorabend größerer und grundlegenderer Veränderungen, die für das Leben aller Klassen und Schichten von Männern und Frauen bedeutungsvoll sind, als sie bisher in England zu verzeichnen waren. Daher das Gefühl, daß die politische Atmosphäre mit Kampfstimmung geladen ist.

Lloyd George, der in jüngeren Jahren mit sozialistischen Ideen liebäugelte, sich aber später von ihnen abwandte, sucht seinen Lesern diese Entwicklung der Dinge als eine große Gefahr darzustellen. Dabei leitet ihn, als den Führer eines Flügels der Liberalen, vielleicht auch die Erwägung, daß

Sthamer bei Curzon.

London, 23. April. (W.B.) Der deutsche Botschafter Sthamer sprach heute nachmittag im Auswärtigen Amt vor.

Man darf wohl als eine Selbstverständlichkeit voraussetzen, daß sich hinter dieser lateinischen Redung die Vorbereitung entscheidender Schritte der deutschen Regierung verbirgt. An amtlicher Stelle wurde hier bisher eine übergroße Zurückhaltung geübt, die damit begründet wird, daß man den genauen Wortlaut der Rede Curzons abwarten müsse.

Die Reichsregierung wird hoffentlich bei der Ausarbeitung ihres neuen Angebots weniger Zeit am Hin- und Herverhandeln mit allen möglichen Interessenten verlieren als bei den Vorbereitungen zur Mission Bergmann nach Paris im vorigen Dezember. Einsteilen scheint sie sich noch nicht darüber schlüssig zu sein, ob sie eine bestimmte Zahl in ihrem Vorschlag nennen soll.

Eine neue Rede Poincarés.

In einer Rede bei der Eröffnung des Generalrates in seinem Wahlkreis griff zunächst Poincaré bei der Behandlung der inneren Politik die Radikal-Sozialisten an, die ein direktes oder indirektes Kompromiß zwischen freiheitlichen Einrichtungen und Kollektivismus oder Kommunismus erstrebten und nur das Band in den Abgrund stürzen würden.

Zur Außenpolitik bemerkte er, das gemeinsame Interesse der Völker bestehe darin, Deutschland endlich zum Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit und zur Innehaltung seiner Verpflichtungen zu bringen und ohne irgendwelche Vermittlung von ihm die völlige Wiederherstellung der französischen Schäden zu erlangen, was unerlässliche Vorbedingung des raschen und völligen finanziellen Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas sei.

werde bis ans Ziel gehen und nicht versagen, solange er der Zustimmung des Parlaments und der Unterstützung des Bundes gewiß sei.

Französisch-belgische Beratungen.

Paris, 23. April. (Eco.) Der Korrespondent des „Temps“ in Brüssel berichtet folgendes über die vorbereiteten Arbeiten der französischen und belgischen Sachverständigen zwecks Herstellung eines gemeinsamen französisch-belgischen Reparationsplanes. In Brüsseler politischen Kreisen weise man darauf hin, daß es sich nicht darum handele, einen neuen Reparationsplan aufzustellen, sondern Studien anzustellen, die späterhin gefaßt würden, die Angebote zu prüfen, die von Deutschland gemacht würden.

2 200 000 000 000 M. (2,2 Billionen Mark) beträgt der Zuschußbedarf des Reichshaushaltsetats für 1923 bei einem Umrrechnungsfuß von 1 Dollar = 20 000 M. Beim gegenwärtigen Dollarstand stellt er sich natürlich schon wieder entsprechend höher!

Erneute Verschlimmerung im Besinden Ceaus. Ein nach längerer Pause am 21. April ausgegebenes Krankheitsbulletin meldet, daß in den letzten Tagen erneut eine mäßige Temperaturerhöhung bei Ceau festgestellt sei, was eine allgemeine Schwäche des Patienten zur Folge habe.

Dauernwahltag in Bulgarien. Die offizielle „Bulgarische Telegraphen-Agentur“ meldet: Gestern fanden unter vollkommener Ruhe im ganzen Lande die Kammerwahlen statt. Die ersten Wahlergebnisse ergaben einen entschiedenen Sieg der Regierung. Diese erhielt von den 246 Mandaten der neuen Kammer mehr als 200. Der Block der Oppositionsparteien sowie die Kommunisten haben sogar in der Hauptstadt einen Verlust an Stimmen zu verzeichnen.

Wichtige Saar-Debatte im Völkerbundrat.

Genf, 23. April. (WZ.) Der Völkerbundrat beriet heute in vierstündiger geheimer Sitzung über die zur Verhandlung stehenden Saarfragen. Der größte Teil der Beratungen galt der von der Regierungskommission des Saargebietes erlassenen Notverordnung.

Branting.

Der gestern abend hier eintraf, übte nachdrücklich Kritik an der Notverordnung, deren Ausnahmecharakter er betonte, und forderte die Regierungskommission auf, für eine schnelle Beilegung des Bergarbeiterstreiks und damit für eine Aufhebung der Notverordnung Sorge zu tragen. Der französische Präsident der Regierungskommission,

Rault.

verteidigte in sehr heftigen Wendungen und in stark gereizter herausfordernder Tone die Notverordnung. Er entwarf ein düsteres und stark übertriebenes Bild der gefährlichen politischen Spannung im Saargebiet und wiederholte die aus der Presse bekannten Behauptungen über eine Frankreich und Belgien feindliche Agitation der saarländischen Zeitungen, das Treiben der Geheimorganisationen. Sein Hauptaugenmerk sei, daß angesichts des Bergarbeiterstreiks und der allgemeinen unsicheren Lage nur die Notverordnung den Schutz der Bergwerke ermögliche. Aufgabe des Völkerbundes und der Regierungskommission sei es, Frankreich für seine Reparationsforderungen den Besitz und Ertrag der Bergwerke zu sichern. Er lehnte jede Verantwortung für die nach seiner Ansicht fürchterlichen Gefahren ab, die eine Aufhebung der Notverordnung nach sich ziehen müßten und ging soweit, noch weitere Maßnahmen anzufordern. Das französische Ratsmitglied

Hanlaux

unterstützte in längerer Polemik die Ausführungen Raults, worauf Branting nochmals baldige Beilegung des Streiks und nach seiner Beendigung Aufhebung der Notverordnung forderte. Der Ratspräsident

Wood-England

erkannte die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Bergwerkbetriebes an, bezweifelte aber, daß die Notverordnung zweckmäßig sei. Er machte die Regierungskommission auf die Befürchtungen aufmerksam, die bei verschiedenen Ratsmitgliedern durch die Notverordnung hervorgerufen worden seien, und sprach die Hoffnung aus, daß die Notverordnung zurückgezogen werde, sobald der Streik beendet sei.

Rault verteidigte hierauf nochmals äußerst lebhaft die Notverordnung und erklärte, daß er keine Verpflichtungen eingehen könne, sie bei Beendigung des Streiks zurückzugeben, sondern daß das erst möglich sei, wenn alle die besonderen Umstände, die die Notverordnung notwendig gemacht hätten, überwunden wären.

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die Notverordnung bleibt damit vorläufig weiterbestehen. Immerhin zeigte die Sitzung, daß — so entscheidend auch diesmal wieder der französische Einfluß im Rat war — eine Debatte über die Beschwerden der Bevölkerung nicht mehr ganz unterdrückt werden konnte.

Die zweite wichtige auf der Tagesordnung stehende Frage war die

Ernennung eines saarländischen Mitgliedes

der Regierungskommission an Stelle des unter den bekannten dramatischen Umständen ausgeschiedenen Dr. Hector, dessen Amt gegenwärtig durch den von Hector selbst ernannten früheren Notterreichnehmer Sand verwaltet wird. Die Vertretung der saarländischen Bevölkerung, die seit Jahren einen zähen Kampf gegen Hector führt, hatte von neuem den Rat ersucht, diesmal für den einzigen saarländischen Posten einen Vertrauensmann der Bevölkerung zu ernennen. Der Rat ging auf diesen Wunsch nicht ein und ernannte an Stelle eines Vertrauensmannes der Bevölkerung den Vertrauensmann des Herrn Hector, d. h. den von der Bevölkerung ebenfalls abgelehnten Herrn Sand

wegungskunst nicht immer sofort eindeutig zu erklären, wenn auch die Körperprache immer konkreter als der musikalische Ausdruck bleibt.

Der Hauptteil des Programms war schwer und ernst. Die „Führer“ und der „Totentanz“ weckten seltsame Assoziationen. Reizhaft und verständlich waren die „Grotteske“ und die „Silhouetten“, in denen sich einzelne Charaktere, als die Geier, die Luffige (Gret Palucca) und die Heroische (Mary Wigman) selbst abhoben. Einleitung und Schluß bildeten Schwungvolle, in großer, aber einfacher Linie gehaltene Gruppen tänze, die prachtvoll den Raum gliederten und erfüllten.

Die vielen Fragen, die in diesen kurzen Stunden gefaßt oder gemacht wurden (Licht und Farbe, Körperarchitektur, Kostüm, Modest, Gestalt, und allgemeiner Körperausdruck), zeigen, wie ungewein fruchtbar und anregend diese Veranstaltung war.

Vor dreißig Jahren. Es sind mehr denn drei Jahrzehnte her, daß ich oben am Salzufer in Charlottenburg mich in einer Gießerei herumdrückte und hinterm Schraubstock die ersten Versuche machte, die Flächen einer Schraubmutter möglichst gerade zu feilen. Ich habe seit jenen Tagen noch des öfteren Gelegenheit gehabt, meine Nase in eine Maschinenfabrik hineinzustechen. Und wenn irgendwo die letzten Jahrzehnte reformierend einwirkten, so in jenen Arbeitsstätten, wo unausgeseht hammerschlag dröhnt, der Drechselbock knirschend seine weisgraunen Spähne vom Eisen nagt, und Feilen knirschen. Nicht bloß die Maschinenanrichtungen sind andere geworden, sondern auch die Menschen. Schnaps und Bier marschieren damals batterieweise auf. Materielle Siege beschäftigten die Hirne der Arbeiter fast ausschließlich. Die gewerkschaftliche Organisation steckte noch in den Kinderschuhen. Die politische Ueberzeugung war ein buntes Durcheinander. Der Kampf zwischen den Jungen und Alten war im tollsten Gange. Zeitungen wurden nur ganz vereinzelt gelesen.

In der Frühstückspause konnte man in dieser Beziehung die besten Beobachtungen machen. Die „Autonomie“ war die Doktrin des einen, die „Freiheit“ die des anderen. Den „Bormärts“, der noch ganzen jungen Datums war, lasen nur wir Jüngsten. Offen ostendend, interessierte uns an dieser Zeitung hauptsächlich der Roman; er war Bertha v. Suttners „Die Waffen nieder“, der uns immer wieder fesselte. Und wenn einem von uns eine nicht allzulange ausgepommene politische Kakti besonders wichtig schien, dann bat er in der Frühstückspause um Ruhe und las sie laut vor. Distinktion wurde nicht groß um den Inhalt; man begnügte sich mit der Kenntnisnahme. Aber allgemach merkten wir doch, daß der „Bormärts“ eher auf das Verständnis der Arbeiter stieß als die anderen Blätter, die sich in öden Schimpfereien und Hejereien nicht genug tun konnten. Hier und da „borgte“ sich mal einer eine Nummer des „Bormärts“ aus, um sie dabei zu studieren oder einem guten Bekannten zu geben. Und wenn auch nicht gleich alle Stammtische unseres Parteibüchlers wurden, gelegentlich kam doch einer, um sich in die Abonnentenliste einschreiben zu lassen. Und das freute uns junger Dache ganz mordsmäßig. Vielleicht — und hoffentlich ist dem so — sieht's auch heute noch junge Kerle genau, denen das Abonnenteneinschreiben Spaß und Freude macht. Sie sollen nur tüchtig zupacken. Bloß ein wenig diplomatisch muß man sein. Der Erfolg krönt den Weiser!

zum regelmäßigen Mitglied der Regierungskommission bis zum 13. Februar 1924, d. h. bis zum Ablauf der Amtsdauer aller Kommissionsmitglieder. Bezeichnenderweise enthielten sich aber bei dieser unbegreiflichen Ernennung das englische und das schwedische Ratsmitglied der Stimme.

Alle anderen saarländischen Fragen wurden durch glatte Annahme der von dem chinesischen Ratsmitglied vorgelegten Berichte und Resolutionen erledigt.

Parteitag der Saarländischen Genossen.

Saarbrücken, 23. April. (WZ.) Am gestrigen Sonntag fand hier der erste Parteitag der saarländischen Sozialdemokratie statt. In der Begrüßungsrede betonte Valentin Schäfer, daß die Tagesordnung beherzigt sein solle von der Aufassung, daß das Saargebiet ein

untrennbarer Bestandteil der deutschen Republik sei und daß, wenn auch der Ruhrstreik nicht besprochen werden dürfe, die Sozialdemokratie in diesem Kampf in vorderster Linie stehe.

Der Geschäftsbericht besprach die Wahl des letzten Jahres, die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien, Schulung der Mitglieder, die Einheitsfront der Wahlparteien, die Notverordnung usw.

Aus dem politischen Referat von Schäfer verdient folgendes hervorgehoben zu werden. Die Abwehr im Ruhrgebiet kann unsere volle Zustimmung finden. Unsere Partei hat diesem passiven Widerstand sich mit allen geeigneten Kräften angeschlossen. Es ist natürlich nicht genug, daß man sich auf Geduld und Verdrerb nun einfach auf den Widerstand unter der Parole „Biegen oder brechen“ einstellt, sondern man muß im Bewußtsein der großen Verantwortung versuchen, den Weg offen zu halten, auf dem man aus diesem Labrynth wieder herauskommt. Unsere Partei verlangt deshalb, daß ein Angebot an Frankreich gemacht werden soll. Zur Notverordnung sagte Schäfer, man brauchte einen guten Vorwand, um die Notverordnung zu erlassen. Aus diesem Grunde hat man schließlich durch die Hausuchungen eine faschistische Besatzung konstruiert. Es ist eine Ehrenpflicht für uns, dafür zu sorgen, daß wir in diesem Jahre den Kampf für unsere Rechte so weit treiben, daß die Notverordnung fallen muß, koste es, was es wolle.

In einer Entschliessung wurde dem schwedischen Vertreter im Völkerbundrat dafür Dank ausgesprochen, daß er sich als erster zum Wortführer der bedrückten Saarbevölkerung gemacht hat.

Abwehrkampf und Verständigung.

Eine Entschliessung der rheinischen Arbeiter.

Köln, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag tagte eine Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB, der IFA und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Nach einem Referat Grafmanns und erläuternden Bemerkungen der allgemein

wichtigen Fragen wurde nachstehende Entschliessung angenommen: „Die Konferenz bekundet erneut den Willen, den Abwehrkampf mit den Mitteln des passiven Widerstandes fortzusetzen, bis eine Verständigung über die zukünftigen Reparationsleistungen Deutschlands erzielt ist. Im Interesse aller Beteiligten liegt eine baldige Verständigung. Denn je länger der Kampf dauert, um so tiefer sind die Wunden, die auf beiden Seiten zu verzeichnen sind. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Preissteigerungen bei den wichtigen Volkswirtschaftlichen Kampfs auch nicht einen Tag verlängern dürfen. Da die rheinisch-westfälische Bevölkerung bisher gezeigt hat, daß der Abwehrkampf in voller Entschlossenheit geführt und daß keine Anzeichen des Nachlassens dieses Kampfes bemerkbar sind, kann es nicht als Zeichen der Schwäche angesehen werden, wenn von der deutschen Regierung ein festumrissener Vorschlag zur friedlichen Erledigung der Streitfragen auf dem Wege gleichberechtigter Verhandlungen gemacht wird. Die Konferenz erwartet von der Reichsregierung einen solchen Vorschlag. Die Arbeiterchaft ist bereit, ihren Anteil an Reparationslasten zu tragen. Sie fordert von den bestehenden Kreisen dasselbe. Unverzüglich ist, daß die tragfähigen Schultern in Handel und Industrie und den übrigen Volkswirtschaftlichen Sphären für Erfüllung der nicht durch Diktat, sondern auf dem Wege der Verhandlungen festzusetzenden Bedingungen übernehmen. Die Konferenz stellt aber ausdrücklich fest, daß eine Erfüllung der durch Verhandlungen festgesetzten Reparationsleistungen nur möglich ist, wenn die deutsche Republik im uneingeschränkten Besitz der Kraftquellen an der Ruhr bleibt. So wie die früheren Konferenzen des ADGB des Ruhrgebiets als nächstes Ziel aller Verhandlungen die Räumung des Ruhrgebiets bezeichnet haben, so erklärt heute die Konferenz für das absehbare Gebiet in der Rheinprovinz, daß eine Aussprache und Verhandlung darüber, in der Rheinprovinz eine andere Regelung der staatlichen Hoheitsverhältnisse vorzunehmen, als es im Versailler Friedensvertrag vorgesehen ist, nicht in Frage kommen darf.“

Köln, 23. April. (WZ.) Am 20. April gegen 9 Uhr abends ist der D-Zug Essen-Paris auf einem vor dem Bahnhof Düren haltenden Kolszug, welcher kein Signal führte, aufgefahren. Es sollen mehrere Wagen zertrümmert und eine Anzahl Personen getötet worden sein. Der Bahnhof wurde sogleich abgeblendet und die Unfallstelle im größeren Umkreis abgesperrt. Am 21. April stieß ein aus der Richtung Düren kommender D-Zug bei der Einfahrt in den Bahnhof Euskirchen auf einen Leerzug. Die Trümmer sind erheblich. Angeblich sind vier Tote zu verzeichnen. — Nach einer Meldung aus Kall wurde am 20. April ein französischer schwarzer Soldat in einem Wäldchen in der Nähe von Kall erschossen aufgefunden.

Prozess der Krupp-Direktoren. Der Termin für die Verhandlungen gegen die verhafteten Direktoren der Firma Krupp findet am 2. Mai statt.

Vor wichtigen Entscheidungen.

Rede Hermann Müllers in der Berliner Funktionärerversammlung.

Vor den Berliner Funktionären sprach am Montag Genosse Hermann Müller über die politische Lage. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des bei dem Flugzeugunglück auf dem Tempelhofer Feld verunglückten Genossen Böger durch Erheben von den Plätzen.

Genosse Hermann Müller

führte aus, daß der englische Außenminister Curzon dem passiven Widerstand Deutschlands an der Ruhr kein Kompliment gemacht habe. Nationalistische Kreise versuchen, Cuno als Bethmann II verächtlich zu machen, weil die Regierung sich nicht zum aktiven Widerstand drängen ließ. Wir haben uns durch unseren passiven Widerstand in der Welt Sympathien erworben. Zum ersten Male ist ein großes Volk einem bis an die Zähne bewaffneten Gegner durch waffenlosen Widerstand entgegengetreten. Und wenn dieses Vorgehen eine anständige Lösung der Ruhrfrage herbeiführen sollte, dann hätten wir eine Tat getan, die in der Weltgeschichte einzig dastehen würde. (Zustimmung.) Man hat uns gefaßt, daß die Folgen der Ruhrbesetzung bisher nicht die gewesen seien, wie man zum Anfang des Ruhrabenteuers prophezeite. Man darf jedoch nicht vergessen, daß

jede Billion neuen Papiergeldes eine Befassung der Arbeiterschaft bedeutet und das Ruhrabenteuer muß sich in der Folgezeit recht unangenehm bemerkbar machen. Es trifft das nicht nur für das besetzte, sondern auch für das unbesetzte Gebiet zu.

Die französisch-belgische Politik ist dazu übergegangen, im neu besetzten Gebiet Massenauweisungen vorzunehmen. Das weist darauf hin, daß Frankreich noch immer seine alte Rheinbundpolitik treibt. Im Reichstag sind die verschiedenen Meinungen zum Ausdruck gebracht worden, die über die Ruhrpolitik vorhanden sind. Der Redner weist aber darauf hin, daß Poincaré seit dem Ruhrabenteuer im französischen Parlament jede außenpolitische Debatte verhindert hat und daß er das Ziel verfolgt, die Willkür für seine Pläne zu befehren.

In der Situation, in der sich Deutschland jetzt befindet, hätte eine Arbeiterregierung, selbst wenn sie parlamentarisch-demokratisch möglich wäre, mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als eine Koalitionsregierung. Mond George hat dem ermordeten Walter Rathenau einmal gesagt, daß es den Engländern gleichgültig sei, welche Regierung in Deutschland an Ruhr sei. Die Hauptsache sei, daß die

Regierung eine Mehrheit im Parlament hinter sich habe.

Der englische Außenminister Curzon hat erklärt, daß Deutschland in bezug auf Reparationen das leisten müsse, was es leisten könne. Diejenigen, die nach dem Ruhrabenteuer glaubten, daß nun mit der Erfüllungspolitik gebrochen werden müsse, befinden sich in einem großen Irrtum. Lord Curzon hat es als einen weisen Beschluß bezeichnet, daß die deutsche Regierung sich nicht darauf festgelegt hat, erst die Räumung des Ruhrgebiets zu verlangen, bevor sie zu Verhandlungen bereit sei. Wir Sozialisten haben stets betont, daß eine solche Festlegung der Regierung höchst ungeschickt gewesen wäre. Wenn aber die Verhandlungen begonnen haben, dann muß das Ruhrgebiet schnellstens geräumt werden, damit die Besetzung nicht immer wieder neues

Wasser auf die Mühlen der Nationalisten laßt.

Aber die deutsche Regierung muß sich nach der Rede des Lord Curzon über ihre künftige Politik klar werden. Die englische Regierung ist stark eingestellt auf den Vorschlag, den der amerikanische Staatssekretär Hughes gemacht hat. Ein deutsches Angebot muß einigermassen die Anforderungen an den Wiederaufbau Befähigen und Frankreichs befriedigen können, aber auf der anderen Seite muß Deutschlands Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. Der Redner schlägt die Summe, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Betracht kommen, auf 31 Milliarden Goldmark, davon 26 Milliarden für Frankreich, etwa 4 bis 5 Milliarden für Belgien. Durch Zwangsmittel aber können solche Summen nicht aufgebracht werden. Der Redner schloß mit einzelnen die Verteilung der Reparationssummen unter den Alliierten. Es fragt sich nun, ob Deutschland Reparationssummen nennen kann, die geeignet sind, eine internationale Diskussion zu erreichen. Diese Diskussion in Fluß zu bringen, ist die nächste Aufgabe der deutschen Regierung. (Allgem. Zustimmung.)

Es kommt aber weniger auf die Totalsumme als vor allem auf die Modalitäten der Leistungen, die Zeiträume, an, in der die Schuldsumme abgetragen werden soll. Es gibt keinen Grund, die Aufstellung eines Zahlungsplanes hinauszuzögern, der

30 Milliarden als Endsumme

nennt. Wir wissen, daß man in Frankreich der Entloftung der französischen Finanzen entgegensteht.

Es ist ganz falsch, die ganze französische Politik in Poincaré vertieren zu sehen. Es gibt auch in Frankreich Menschen, die wirtschaftlich denken, die aber, wie man diplomatisch sagt, kein Schwächezeichen geben wollen, jedoch ein Grauen vor den Erfolgen der Politik Poincarés haben. Die Boulevardpresse in Paris spiegelt durchaus nicht die Meinung Frankreichs klar wieder. Es gibt eine große Menge französischer Provinzialblätter, die wesentlich anders zu Poincaré eingestellt sind wie die bei uns so oft zitierten Pariser Zeitungen, die gerade von unseren bürgerlichen Vätern in einer Weise zitiert werden, die diesen Zeitungen eine Bedeutung beilegt, die ihnen gar nicht zukommt. Wenn in diesen Tagen

unter der Arbeiterschaft für den „Vorwärts“ agitiert

wird, so muß dieses Moment behärdend hervorgehoben werden.

Der englische Reparationsplan stellt eine schwere Belastung Deutschlands vor. Man vergesse auch nicht, daß eine ausländische Finanzkontrolle eine schwere Schädigung Deutschlands mit sich bringen muß. Der Redner ging dann auf die Garantien eines Zahlungsplanes ein, behandelte die Einwirkung der Sachleistungen und Hölle auf das deutsche Budget, das trotz aller Schwierigkeiten in Ordnung gebracht werden müsse. Auch die Lieberhäuser der Eisenbahnen könnten zur Garantie herangezogen werden. Nicht zuletzt aber müssen die Industrie, der Handel, die Banken, und nicht zuletzt die Landwirtschaft zur Garantieleistung herangezogen werden. Ich glaube, daß

der Tag da ist, wo die Entloftung gefunden werden muß.

(Zustimmung.) Das Ausland will ein Deutschland sehen, das ihm eine genügende Sicherheit für seine Anleihebestimmen bietet. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, einen Plan aufzustellen, der Garantien enthält und der geradezu propagandistisch wirken muß. Wir müssen uns selbst rühren, wenn wir die Hilfe der anderen erhalten wollen. In der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war völlige Einstimmigkeit darüber vorhanden, daß dieser Plan von der jetzigen Regierung ausgehen müsse. Es wäre ja leicht, die Regierung zu stürzen, aber damit wäre nichts gewonnen. Es hat der Sozialdemokratie nichts genutzt, bei allen den Situationen, die sich früher ergaben, für die Unterlassung der anderen im Interesse des Volkes den Buckel hingehalten zu haben. (Zustimmung.) Man soll sich nicht danach drängen, den

Gerechtigkeitsrichter der Entente zu spielen.

Es ist unendlich schwer, unter dem Druck fremder Mächte Politik zu treiben. Wir haben die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet passiv bleibt, daß aber die Regierung aktiv in ihrer Politik wird. Wir haben mit unseren Genossen in der Internationale verhandelt und ihnen gesagt, daß wir unseren ganzen Einfluß aufbieten wollten, um jede Sicherung in bezug auf die Kriegsgefahr zu erhalten.

Ein Pakt der an der Rheinisch-Westfälischen Kommission beteiligten Staaten

könnte die Westgrenze garantieren und die Vereinigten Staaten von Amerika könnten aufgefordert werden, diesem Pakt beizutreten. Die deutsche Regierung müßte sich verpflichten, über ein Reichensalter hinaus, z. B. auf 99 Jahre, keinen Krieg an irgend eine Macht zu erklären. In Erörterung dieser Vertragsfragen würde dann die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zur Debatte kommen. In all diesen Punkten sind wir mit den Sozialisten der alliierten Länder ganz einig.

Die Regierung Cuno steht vor einer großen Aufgabe; wir sind bereit, sie zu stützen, wenn sie das Notwendige tut; wir sind aber auch bereit, die Konsequenzen zu ziehen, wenn sie sich weigert, das Notwendige zu tun. Wir glauben so, im Interesse des Proletariats zu handeln. (Beifolger Beifall.)

(Der Bericht über die Debatte und das Schlußwort folgen im Abendblatt.)

Gewerkschaftsbewegung

Lohnfrage und Gewerkschaften.

Stellungnahme des ADGB.

In der 6. Ausschusssitzung des ADGB am 17. und 18. April berichtete Bundesvorsitzender Seipart zunächst über die Tätigkeit des Bundesvorstandes.

Die Aussprache über die Situation im Ruhrgebiet leitete Grafmann ein und alle Redner erkannten das heissenmütige Ausbarren der dortigen Arbeiterschaft und besonders der gequälten Eisenbahner an. Wenn auch der Widerstand der Bevölkerung gegen die französischen und belgischen Eindringlinge noch ungebrochen sei, so sollte aber doch zur Vermeidung weiterer Opfer an Gut und Blut rechtzeitig darauf hingewirkt werden, daß der Kampf zu einem das deutsche Volk befriedigenden Abschluß gebracht wird.

Zu sehr eingehenden Erörterungen führte der 3. Punkt der Tagesordnung:

Löhne und Preise.

Leipart ging in seiner Einleitung von der am 6. März erfolgten Kundgebung der Reichsregierung aus, wonach bei einem großen Teil der Warenpreise ein Stillstand der Steigerung und teilweise bereits ein Preisabbau eingetreten sei und demgemäß auch ein Stillstand der Lohnerhöhungen stattfinden müsse. Der Bundesvorstand habe sofort Einspruch dagegen erhoben und es sei denn auch bald darauf eine weitere Erklärung der Regierung erschienen, daß Ansehungen der Löhne an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand noch stattfinden müßten.

Die Arbeitgeber auf der ganzen Linie

Seien jedoch der ersten Erklärung der Regierung gefolgt, gestützt durch die Vereinnung deutscher Arbeitgeberverbände. Deshalb sei es auch in der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands zu Auseinandersetzungen gekommen. Die Verhandlungen würden noch weitergeführt und der Bundesvorstand halte sich für verpflichtet, seine Bemühungen fortzusetzen, um die Verbände bei ihren Lohnverhandlungen zu unterstützen.

Am Anschluß daran berichteten zahlreiche Verbandsvertreter über ihre Erfahrungen bei Lohnverhandlungen. Allgemein wurde anerkannt, daß die Preisentwicklung einen Stillstand der Lohnerhöhungen nicht zulasse, daß es im Gegenteil notwendig sei, für die Arbeiterschaft

weitere Lohnerhöhungen zu fordern

und durchzuführen. Von den Arbeitgebern müsse verlangt werden, daß sie dieser Notwendigkeit Rechnung tragen. Von der Regierung müsse verlangt werden, daß sie den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer schweren Aufgaben nicht erschwere, sondern erleichtere. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, seine Bemühungen ungeschwächt fortzusetzen, sowohl bei der Regierung wie bei den Arbeitgebervertretern in der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Ein Kampfsjahr der Metallarbeiter.

Das Jahr 1922 war für die Berliner Metallarbeiter im wahrsten Sinne des Wortes ein fortgesetzter Kampf um die Existenzmöglichkeiten, den sie, gestützt und geschützt von ihrer Organisation, zu führen hatten. Der demnächst erscheinende Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes gibt ein anschauliches Bild von diesem Kampf ohne Ruhepause.

Zunächst die Zahl der Lohnbewegungen. Für die unter dem Allgemeinen Tarifvertrag mit dem VBR stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen mußten nicht weniger als vierzehn Lohnbewegungen geführt werden. Die durchschnittliche Dauer der abgeschlossenen Verträge betrug also nur 26 Tage. Für die 31 Branchen mußten daneben nicht weniger als 406 Lohnbewegungen geführt werden, um die Löhne der Teuerung anzupassen, die besonders im zweiten Halbjahr eine scharfe Kurve nahm, ungerichtet die Lohnbewegungen in 84 Einzelbetrieben. Diese trostlosen Zahlen verbergen eine Unmasse fortgesetzter ausreizender Arbeit, von der sich der Außenstehende schwer eine Vorstellung macht.

Gleichzeitig und neben diesen Kämpfen galt es noch andere Arbeiten zu erledigen: der Schutz der Arbeiterinnen, für die die Berliner Ortsverwaltung eine besondere Beratungs- und Auskunftsstelle unterhält; der Schutz der Lehrlinge und Jugendlichen, die in einer Abteilung von 10000 Mitgliedern zusammengeschlossen sind; die Vertretung der Mitglieder vor den Gerichten und die Austragung von Beschwerden und Streitfällen vor dem Schlichtungsausschuß; die Aufführung der Mitglieder und die Schulung und Beratung der Betriebsräte, usw. Daneben waren noch die eigentlichen Organisationsarbeiten zu leisten: die Ausziehung der Unterstützungen an Arbeitlose, Kranke, Hinterbliebene, Gemahlsregel und Streikende, die Beitragskassierung, die Anpassung der Beiträge und Unterstützungen an die Geldwertentwicklung usw. Nicht weniger als 3330 Beschwerden der Metallindustrie kamen im Jahre 1922 in den Spruchkammern zur Verhandlung. Allein für den Rechtsschutz der Mitglieder unterhält die Berliner Ortsverwaltung der Metallarbeiter ein besonderes Bureau mit zwei Angestellten, während ein dritter die Vertretung vor den Gerichten und Schlichtungsausschüssen führt, unbeschadet der Vertretung durch Rechtsanwälte.

Bersammlungen, Sitzungen und Konferenzen fanden nicht weniger als 25 077 statt, wozu noch 105 Bersammlungen der Betriebsrätegruppen zu rechnen sind. Es fanden also täglich 69 Bersammlungen und Sitzungen statt, um den ungeheuren Komplex von Fragen, die heute eine Organisation zu bewältigen hat, zu klären. Außer den eigentlichen Bureauarbeiten, den mehr als 36 000 Postfächern die ein- und ausliefern, den nicht gezählten und nicht zählbaren Telefongesprächen, hatten die Angestellten der Organisation an 14 526 Verhandlungen mit den Unternehmern, Sitzungen, Ter-

minnen, Bersammlungen usw. teilzunehmen. Trotz dieser ungeheuren Arbeitslast, die von Quartal zu Quartal wuchs, wurde das Personal von 113 auf 96 verringert.

Während die Löhne sich im Durchschnitt vierzehnmal im Jahre erhöhten, wurden die Beiträge nur siebenmal erhöht. Hier müßte gerade im Interesse der Mitglieder selbst schneller und gründlicher gehandelt werden. Leider haben diese Mitglieder die Bedeutung hoher Beiträge noch nicht recht erfasst.

Die Mitgliederbewegung war befriedigend, besonders wenn man in Betracht zieht, daß die von den Kommunisten betriebene Spaltungsarbeit auf viele abstoßend wirkte und daß die im vierten Quartal einsetzende Krise Verluste bringen mußte. Gegenüber 147 331 Mitgliedern am 1. Januar, waren am Jahreschluß 153 043 Mitglieder vorhanden. Schließlich sei noch vermerkt, daß 23 350 Mitglieder der Organisation seit mehr als zehn Jahren angehören. Das ist die Kerntruppe der Gewerkschaft. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse balanzieren mit 154 048 22,60 M., die der Lokalkasse mit 86 429 236,48 M. An Unterstützungen allein wurden rund 23 627 000 M. ausgezahlt.

Ungeheuer war die Arbeitslast, die es zu bewältigen gab. Die Löhne wurden im Durchschnitt um das Dreihundertfachtigfache erhöht. Und doch konnte ein voller Ausgleich der Teuerung nicht geschaffen werden. Wie stünde es erst um die Metallarbeiter Berlins, wenn sie nicht über eine starke, ausgebaut Organisation verfügten! Um diese gilt es sich zu scharen, angesichts der schweren Kämpfe, die da kommen.

Die Spaltung der Eisenbahner.

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin des DGB vom Freitag nahm eine Entschlieung an, in der es heißt:

Nach § 26 der Verbandsstatuten bedürfen die gewählten Ortsverwaltungsmitglieder der Bestätigung des Hauptvorstandes. Der Amtsantritt darf erst nach Bestätigung erfolgen. Trotzdem hat die oppositionelle Ortsverwaltung, als ihr der Hauptvorstand auf Grund des ihm nach der Satzung zustehenden Rechtes die Bestätigung versagte, unbefugt und widerrechtlich das Amt übernommen. Sie macht sich an, ein eigenes Bureau zu errichten und im Namen des DGB, Amtshandlungen vorzunehmen, allgemeine Mitgliederversammlungen, Funktionärskonferenzen und Zahlstellenversammlungen einzuberufen, diese mit Referenten zu besetzen und durch diese Beratungen Beschlüsse herbeizuführen und Anweisungen zu geben, die sich gegen die Satzungen und das Interesse der Organisation richten.

Trotzdem § 7 der Satzungen bestimmt: „Die Beitragsmarken werden vom Hauptvorstand geliefert, die Herausgabe von Marken jeglicher Art durch die Ortsverwaltung ist nicht gestattet.“ hat die Opposition beschlossen, der Organisation die Beiträge zu sperren und eigene Marken mit dem Aufdruck „DGB Opposition“ herauszugeben, die Beiträge der Organisation auf diese Marken zu kassieren und mit dem vereinnahmten Gelde ihr Fortdauern zu finanzieren.

Um allen diesen Maßnahmen Nachdruck zu verleihen, ging die Opposition ferner dazu über, die von den Mitgliedern gewählten scheidungstreu Funktionäre überall, wo sie es konnten, ihres Amtes zu entheben oder sie in der Ausübung ihrer Funktionen zu behindern, die Aufklärungsarbeit durch Unterschlagung der Mitteilungen und Flugblätter sowie durch Störung und Sprengung der Bersammlungen zu sabotieren.

Die Opposition schreite ferner nicht davor zurück, in jenen Zahlstellen, wo die Mehrheit der Mitglieder es abseht, ihre gegen die Organisation gerichteten Bestrebungen zu unterstützen, eigene Funktionäre aufzustellen, und wenn sich der nötige Anhang gefunden hätte, eine oppositionelle Zahlstelle zu bilden. Die früher wegen Verbandsabdringung ausgeschlossen Mitglieder solcher Zahlstellen wurden entgegen den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung in München von der nichtbestätigten Ortsverwaltung wieder aufgenommen und mehrfach als Referenten der Opposition in die Zahlstellenversammlungen entsandt.

Alle diese willkürlichen, scheidungswidrigen und pflichtvergessenen Handlungen der Opposition beweisen klar und unabweisbar, daß der Verbandsvorstand der am 22. Februar 1923 gewählten Ortsverwaltung die Bestätigung versagen mußte, und daß er den Beschluß mit Recht damit begründete, daß die Gewählten nicht die Gewähr dafür bieten, daß die Satzungen des Verbandes beachtet und die Geschäfte ordnungsgemäß geführt werden.

Den Gipfel des schickfertigen Spiels mit den Satzungen des Verbandes und der Ertüchtigung unserer Ortsgruppe stellt aber die unerbittliche Tatsache dar, daß sich die oppositionelle Ortsverwaltung anmaßte, auf den 23. April 1923 eine Generalversammlung der Ortsgruppe einzuberufen. Der Zweck dieser Bersammlung kann nur sein

Die endgültige Spaltung der Ortsgruppe.

Die Generalversammlung bedauert diese schmerzliche Tatsache auf das tiefste und empfindet sie als einen schweren Schlag gegen die Einheit der Organisation, die alle Eisenbahner mit gleichem Interesse umfassen soll. Der historische Werdegang der Entwicklung zeigt ihr aber auch ganz klar, daß dieser Schlag von der kommunistischen Fraktion seit langem vorbereitet war und der Ausgang der Ortsverwaltungswohl am 22. Februar 1923 bzw. die Ablehnung der Bestätigung durch den Hauptvorstand nur den äußeren Anlaß zur Ausführung des längst gehegten Planes gegeben hat.

In richtiger Erkenntnis der wahren Ursachen und des Zweckes des von der Opposition heraufbeschworenen Streites billigt die Generalversammlung alle zur Abwehr der oppositionellen Zersplitterungsaktion notwendig gewordenen Beschlüsse und Maßnahmen der erweiterten Ortsverwaltung. Die Generalversammlung erwartet von den Mitgliedern der Ortsgruppe, daß sie in Zukunft die Satzungen des Verbandes als oberstes Gesetz ihrer Handlungen betrachten und, wie es sich für pflichtbewusste Mitglieder geziemt, dasselbe gegen jede Verletzung schützen. Sie erklärt es als heiligste Pflicht aller Mitglieder, die Funktionäre der Organisation in ihrer mühevollen Arbeit für die Erhaltung des DGB, tatkräftig zu unterstützen und keine Opfer zu scheuen, die im Interesse dieser Arbeit liegen.

Den Erklärungen und Forderungen der Reichskonferenz der kommunistischen Eisenbahner stellt die Generalversammlung folgende Forderungen an die Opposition gegenüber:

1. Alle von ihr gegen den Verband gerichteten organisatorischen Maßnahmen sind sofort aufzuheben. 2. Alle den Mitgliedern in scheidungswidriger Weise abgenommenen Beitragsgelder sind sofort zurückzugeben. 3. Alle weitere Tätigkeit im parteipolitischen und organisationschädlichen Sinne ist sofort einzustellen.

Nur durch die Erfüllung dieser Forderungen wird sich die Opposition von der schweren Schuld eines Verbrechens der Spaltung unserer Ortsgruppe befreien und den Beweis für ihren ersten Willen zur Erhaltung des DGB erbringen können. Ohne diesen Beweis bleibt die Rede von der Einheitsorganisation eine leere Phrase. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo das Proletariat von den größten Gefahren ringsum bedroht ist und unsere ganze Kraft zum Widerstand konzentriert werden muß, in dieser geschwollenen Stunde ist ein klares Bekenntnis erforderlich.

Gewerkschaftsdisziplin.

Die Agitatoren der kommunistischen Partei in den Gewerkschaften sind eifrig bemüht, die notwendige Disziplin in jeder Weise zu untergraben. Insbesondere bei Lohnbewegungen drängen sie zum Streik, bevor noch irgendein Weg zur Verständigung beschritten ist. Sie scheuen auch vor der Entsefung wilder Streiks nicht zurück, wie unter anderem das üble Beispiel des Anisnarbeiterstreiks in Ludwigschafen a. Rh. zeigt. Dieses Treiben wird erst fälschlich als „russische Methode“ bezeichnet, während es sich in Wirklichkeit um die Methoden der Putschaktion in der deutschen kommunistischen Partei handelt. Wie es in Rußland steht, daß man auch dort nicht ohne Disziplin in den Gewerkschaften auskommen kann, sondern mindestens ebenso großen Wert auf strenge Disziplin legt wie die deutschen Gewerkschaften, das zeigen die folgenden Richtlinien des Vorstandes des Allrussischen Gewerkschaftsbundes:

„Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen... wir müssen die strengste Disziplin einführen... man muß auf Disziplin achten...“

„Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. Sie muß bestrebt sein, jeden Konflikt durch Verständigung oder durch Schiedspruch möglichst schmerzlos und rasch zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen.“

Das ist so einfach, richtig und selbstverständlich, daß es auch die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland begreifen müssen. Allein die kommunistische Parteizentrale verlangt von ihnen, daß sie in den deutschen Gewerkschaften ihren direkt entgegengelegten Richtlinien folgen sollen, zum Schaden der Gewerkschaften und der Sache ihrer Mitglieder. Die deutschen Gewerkschaften müssen deshalb erst recht von ihren Mitgliedern fordern, Disziplin zu halten und jedem Disziplinbruch energisch entgegenzutreten.

Achtung, Sattler, Tapezierer und Portefeuller!

Wer nicht will, daß die gewaltigen Kosten unseres Verbandstages aufgerechnet werden durch nutzlose Debatten über die von kommunistischen Vorklagängern auf Verleht der kommunistischen Gewerkschaftszentrale vorgelegten Entwürfe und Resolutionen:

Wer vielmehr wünscht, daß der Verbandstag wirklich praktische Arbeit für die Interessen der Berufscollegen leistet,

der darf keine kommunistischen Vertreter zum Verbandstag wählen. Für positive praktische Gewerkschaftsarbeit im Sinne der Kongreßbeschlüsse und der Richtung Amsterdam treten folgende Kollegen ein: August Blume, Richard Ehrhof, Franz Leut, Alwin Pöhl, Adolf Pöhl, Wilhelm Ostern. Alle anderen Namen sind auf dem Stimmzettel zu streichen.

Am Dienstag, den 24. April, abends 7 Uhr, verlameln sich alle Kollegen der Richtung Amsterdam in den Dramen-Festsaal, Oranienstr. 180, zu einer wichtigen Sitzung. Jeder Betrieb muß vertreten sein. (Siehe auch Inserat.)

Streik im Beamtenwirtschaftsverein.

Die gewerblichen Arbeitnehmer (Kaufleute, Chausseure, Arbeiter und Arbeiterinnen) der Genossenschaft des Beamtenwirtschaftsvereins in Tempelhof befinden sich seit Mitte März in einer Lohnbewegung. Seit Ende 1921 zahlte der Beamtenwirtschaftsverein mit wenig Abweichung die Löhne wie solche in der Konjunktionsgesellschaft Berlin und Umgegend gezahlt wurden. Da die Firma sich inzwischen der Arbeitgebervereinsung im Einzelhandel angeschlossen hatte, wollte sie auch die Lohnsätze im Einzelhandel mit einem gewissen Aufschlag in ihrem Betrieb zur Einführung bringen, und zwar am 10. März. Dies bedeutete für die Arbeiterschaft des Betriebes nach dem bisher von der Geschäftsleitung geübten Modus der Lohnfestsetzungen einen glatten Lohnabbau. Für die Zeit vom 10. bis 31. März hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin einen Schiedspruch gefällt, welcher Lohnsätze festsetzte, wie solche in ähnlicher Höhe in der Konjunktionsgesellschaft gezahlt werden. Diesen Schiedspruch hat die Geschäftsleitung abgelehnt. Die bisher geführten Verhandlungen, welche sich auf die Lohnfestsetzung nach dem 31. März erstreckten, verliefen resultatlos. Eine am gestrigen Abend stattgefundene Bersammlung beschloß daraufhin zum heutigen Tage, Dienstag früh, den Streik. Wir bitten die Arbeiterschaft um strengste Solidarität.

Roßmann, Verband der Schlossermeister. Mittwoch 8 Uhr Bersammlung bei Hoffmann.

Zentralverband der Angestellten. Reitwegvereins. Mitgliederbersammlung Mittwoch abends 7 1/2 Uhr Neue Willmannstr., Lindenstr. 96-97. Expedition. Mitgliederbersammlung Donnerstag abends 7 1/2 Uhr Neue Willmannstr., Lindenstr. 96-97.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Urencke 6, Stadtschloßpark Groß-Berlin. Donnerstag, 26. April, 7 Uhr, in Walters Gehöft, Webersch. U. kleiner Saal, Brandenburger Bersammlung. Da auf der Tagesordnung die Wollfeier steht, bitten wir um bestimmtes und pünktliches Erscheinen.

Die Brandenburgerleitung. Bersammlung für den rebell. Teil: Victor Hoffmann, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Berlin: Reichs-Verlags-Ges. m. b. H. Berlin. Druck: Harzberg-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sieper u. Co. Berlin, Lindenstr. 9. Hierzu 2 Beilagen und „Die Wollfeier“.

Aufmarschplan zur Demonstration am 1. Mai 1923.

Lustgarten.

1. Offen. Sammelpunkt: Weberwiese. — Abmarsch: 10 1/2 Uhr über Große Frankfurter Straße, Kaiserstraße, Alexanderplatz, Königstraße, Schloßplatz.
2. Südosten. Sammelpunkt: Kottbuscher Tor. — Abmarsch: 10 1/2 Uhr über Dresdener Straße, Kottbuscher Straße, Schloßplatz.
3. Nordosten. Sammelpunkt: Senefelder Platz. — Abmarsch: 10 1/2 Uhr über Schönhauser Allee, Alie und Neue Schönhauser Straße, Haselcher Markt, Neue Promenade, Friedrichsbrücke, Lustgarten.
4. Zentrum. Sammelpunkt: Bülowplatz. — Abmarsch: 10 1/2 Uhr über Kaiser-Wilhelm-Straße, Kaiser-Wilhelm-Brücke, Lustgarten.
5. Süden. Sammelpunkt: Yorckstraße, Belle-Alliance-Straße. — Abmarsch: 10 1/2 Uhr über Belle-Alliance-Straße, Belle-Alliance-Platz, Lindenstraße, Kommandantenstraße, Spittelmarkt, Gertraudensstraße, Breite Straße, Schloßplatz.
6. Mariendorfer-Tempelhof. Sammelpunkt: Dorfstraße. Spitze Berliner Straße. — Abmarsch: 9 1/2 Uhr über Berliner Straße, Belle-Alliance-Straße, dann wie Zug 5.
7. Reich-Neufölln. Sammelpunkt: Kaiser-Friedrich-Straße, Spitze Hermannsplatz. — Abmarsch: 10 Uhr über Kottbuscher Damm,

8. Kottbuscher Straße, Dresdener Straße, Kottbuscher Straße, Breite Straße, Schloßplatz.
 8. Treptow-Baumhulensweg. Sammelpunkt: Wiener Becke, Hohmannstraße. — Abmarsch: 10 Uhr über Wiener Straße, Oranienstraße, Oranienplatz, dann wie Zug Nr. 7.
 9. Reinickendorfer-Gesundbrunnen. Sammelpunkt: Humboldtplatz, an der Brunnenstraße. — Abmarsch: 10 1/2 Uhr über Brunnenstraße, Rosenthaler Straße, Neue Promenade, Friedrichsbrücke, Lustgarten.
 10. Wedding. Sammelpunkt: Kottbuscher Platz. — Abmarsch: 10 Uhr über Gerichtstraße, Kottbuscher Straße, Große Hamburger Straße, Kottbuscher Platz, Burgstraße, Lustgarten.
 11. Pantom-Nebertschöckchen. Sammelpunkt: Breite Straße, Spitze Berliner Straße. — Abmarsch: 9 1/2 Uhr über Berliner Straße, Schönhauser Allee, dann wie Zug Nr. 3.
 12. Weiskens. Sammelpunkt: Antonplatz. — Abmarsch: 9 1/2 Uhr über Berliner Allee, Dreißigwälder Straße, Neue Königstraße, Königstraße, Schloßplatz.
 13. Lichterberg-Friedrichsbrücke. Sammelpunkt: An der Sudrunstraße. — Abmarsch: 10 Uhr über Frankfurter Allee, dann wie Zug Nr. 1.
- Jugendliche und Kinder stellen sich am Eckhof (Lustgarten) auf, nicht auf der Schloßcampel

Reitbahn am Zoo.

1. Mobil. Sammelpunkt: Kleiner Tiergarten, Stromstraße. — Abmarsch: 10 1/2 Uhr über Kleinen Tiergarten, Frankfurter Straße, Charlottenburger Ufer, Gartenstraße, Reitbahn Zoo.
2. Charlottenburg. Sammelpunkt: Wilhelmplatz. — Abmarsch: 10 1/2 Uhr über Berliner Straße, Alie, Hardenbergstraße, Fasanenstraße, Kurfürstenallee, Reitbahn am Zoo.
3. Schöneberg. Sammelpunkt: Untergrundbahnhof Hauptstraße. — Abmarsch: 10 Uhr über Jansbruder Straße, Bayerischer Platz, Landshuter Straße, Hohenstaufenstraße, Bamberger Straße, Passauer Straße, Tautenbiersstraße, Hardenbergstraße, Bahnhof Zoo, Reitbahn am Zoo.
4. Sieghart-Friedenau. Sammelpunkt: Kaiserallee, Ecke Rheinstraße. — Abmarsch: 9 1/2 Uhr über Kaiserallee, Joachimsthaler Straße, Bahnhof Zoo, Kurfürstenallee, Reitbahn am Zoo.
5. Wilmersdorfer-Schmargendorf. Sammelpunkt: Fehrbelliner Platz. — Abmarsch: 10 Uhr über Brittenbergische Straße, Schillerstraße, Kurfürstendamm, Ansebedstraße, Savignyplatz, Kantstraße, Fasanenstraße, Reitbahn am Zoo.
6. Lichterfelde-Dahlem. Sammelpunkt: Schloßstraße, Ecke Rheinstraße. — Abmarsch: 9 Uhr über Kaiserallee, dann Anschluss an Zug Nr. 4.

Der Mann am Werk.

Acht Stunden Höchstleistung an Bohrmaschine und Hobelbank.

Was weiß die Mehrheit der großen bürgerlichen Masse, wenn sie nicht selbst zu den Werteschöpfenden gehört, vom Wert des einzelnen. Der Arbeiter ist für sie der Mann, der im Arbeitsmittel mit eisenbeschwänzten Fingern die Linien der Dinge nachzieht, die ein anderer erdacht. Er wäre „fest“ durch eine Maschine zu ersetzen. Hoff — wenn die Einzelheiten dieser Dinge im sogenannten Nachschaffen nicht einer eigenen geistigen Kraft bedürften, einer Kraft, die sich im Gleichklang befindet mit der Geschicklichkeit der Hand. Unschönbar mutet das Werk des einzelnen an, verglichen mit der Riesenarbeit all der fleißigen Hände, die am Ganzen schaffen, und doch ist das Werk des einzelnen eine Einheit für sich, die aber nur gewertet werden kann im Rahmen des gemeinschaftlichen Wirkens.

Arbeitsbeginn.

Im großen Menschenstrom, der sich in die Fabrik ergießt, zieht ein Mann wie tausend andere. Er nimmt seine Zeitkarte, geht mit einigen Schritten zum Umkleideraum, streift hastig seine Straßenkleider ab. Darauf schnell in den Arbeitsmittel hinein und zur Kontrolluhr, um die Zeitkarte zu stampeln, die später vom Werkmeister und im Lohnbüro kontrolliert wird. Schon heulen Sirenen Arbeitsanfang, Klingeln gellen durch die Säle. Hier beginnen Elektromotoren zu kreischen, dort klatschen Riemen, erst langsam und dann immer schneller. Bald hebt die große Fabrik: die Arbeit hat begonnen. Der Mann sieht jetzt an seinem Arbeitsplatz. Die Spannung, die ihn bis jetzt beherrschte, ist gewichen. Kurze Grübele taucht er mit den Kollegen, dann greift er in den Werkzeugschrank, holt Feilen, Hämmer, Meißel, Bleiböden und anderes Werkzeug heraus, legt es auf die Feilbank. Seine Menschenkraft ist eingeordnet in eine Teilmontage, und in jeder Woche verarbeitet er die gleichen Teile, die durch ungezählte Hände gingen, bevor sie ihn erreichten, die nach jedem Arbeitstag kontrolliert wurden und die dennoch von ihm eingepaßt werden müssen, wenn sie ihren Dienst im vollendeten Werk erfüllen sollen. Die Welle, die er gestern einbauen wollte, dreht sich nicht rückwärts. Den Lagerböden muß mit der Feile nachgeholfen werden. Und während er Strich auf Strich herunterschrubbt, kommen die Gedanken und gehen: Arbeiten, arbeiten,“ sagt irgend etwas im Hirn, dann stoßt es und leise mahndend klingelt es in ihm: „Kamst noch zufrieden sein, daß du Arbeit hast.“ Ein bitterer Grimm packt den Mann, die Feile knirscht. Ja, schaffen muß er, und es reicht nicht zum Leben. Dabei denken die Unternehmer an „Preisabbau“. „Schöner Preisabbau, der beim fargen Lohn beginnen soll.“ Mechanisch greift er zur Schubleere und zum Lineal, um das Werkstück zu kontrollieren. Lange noch hat er zu arbeiten und die Gedanken schaffen mit. „Teilarbeit machen“, sagen sie, „Teilarbeit machen, tagaus, tagein dasselbe. Wozu, wozu?“ Einen Augenblick hält er inne und sieht auf seine Kollegen, die neben ihm werken wie er. „Der eine“, denkt er, „ist stumpf und dumpf, der andere will sein Leben genießen, er ist jung und ledig. Zum Teufel, er muß begreifen lernen, daß er nicht nur gegen sich, sondern auch gegen uns Verpflichtungen hat. Organisiert ist er, aber der Bengel kümmert sich um nichts, schreit Thrasen in die Welt und glaubt wunder was für ein Kerl zu sein.“ Während die Feile wieder ins Eisen greift, nimmt er sich vor, auf die Jungen einzuwirken und ihnen klar zu machen, daß sie sich Kenntnisse anzueignen haben, da mit Thrasen, ganz gleich welcher Art, noch keine Wirtschaft umgestaltet und beherrscht wurde. Der Gedanke schwingt im Takt der Feile mit. Dann paßt der Mann das Lager an. Hier und da noch ein leichter Schlag, die Welle dreht sich. Gerade will er die Lager mit Peisonstiften sichern, da schwirrt die Glocke: Frühstückszeit. Der Arbeitsarm stoppt ab, schnell muß gegessen werden. Kaum nimmt er sich Zeit zum Händewaschen. Dann quält er das Frühstücksbrot herunter, überfliegt seine Zeitung: Kampf überall. Der Arbeitserhythmus schwingt noch in allen Gliedern, und ehe er gänzlich vererbt, schrillen erneut die Glocken. Wieder hebt der Rarm der Maschinen an. Die Menschen, die eben begannen, sich vom ersten Schaffen auszuruhen, spannen wieder Geist und Körper an.

Im Zenith der Werksleistung.

Die Arbeitsleistung steigt. Die Vormittagssonne fällt in die Hallen und zeigt Wyraden von Staubteilchen, die einen von jähem Wirbeln unterbrochenen Tanz aufführen. Jeder Bewegung der

schwingenden Maschinen und der hastenden Menschen weichen sie aus. Sie spiegeln die Unrast der Arbeit hier wieder. Der Mann, dessen Denken jetzt nur dem Werk gilt, an dem er schafft, schaltet die elektrische Handbohrmaschine ein, mit schrillum Schrei springt sie an. Dann verfällt sie in ein gleichmäßiges Surren. Der Bohrer fröhlich ins Eisen. Die ganze Kraft starker Arme zwingt ihn zur Arbeit. Willig bohrt er das Eisen heraus, solange er scharf ist. Wenn sich seine Schneiden runden, wird er dem Schleiffstein überantwortet. Der Mann eilt zur Schleiferei, dort hat er einigen Aufenthalt. Er gibt keinen Bohrer und besorgt sich inzwischen einige Werkzeuge in der Werkzeugausgabe, die er gegen Kontrollmarken, die seine Arbeitsnummer tragen, erhält. „Hier sind wir alle zu Nummern geworden“, denkt er. Sein Bohrer ist noch nicht geschliffen. Er muß mit anderen warten. Aufenthalt, Zeitverlust. „Früher haben wir uns unsere Sachen selbst geschliffen.“ „Das ging schneller, aber nicht so sauber.“ — „Mensch, ich habe mir noch meine Meißel selbst abgeschmiebelt, aber heute...“ Der Bohrer ist geschliffen, die Arbeit beginnt wieder. Bald sind die Löcher gehöhrt, die Stifte eingeschlagen, das Lager fertig. Er nimmt die Welle, die sich jetzt spielend dreht, heraus und beginnt Nutenfeile für die Zahnräder zuzupassen, die sie tragen soll, und die andere Teile der fertigen Maschine zur Arbeit anzureiden werden. Die Stunden fliegen dahin. Alle Gedanken sind nun bei der Arbeit. Die ganze Fabrik schafft unter Hochdruck. Die Welt draußen ist verschwunden. Jeder steht nur sein Werk — bis sich die Arbeitszeit dem Ende nähert. Dann springen die Sorgen des Alltags wieder auf. Die Lebensmittelpreise, der unumgänglich nötige Anzug, all die tausend Sorgen des Haushalts, die ihm zwar die Frau im allgemeinen abnimmt und schweigend erträgt. Aber, wenn das Geld knapp wird, so gegen Wochenende, dann kann sie nicht mehr schweigen. Und in diesen Tagen verlassen die Sorgen den Mann auch bei der Arbeit nicht. Dann wird das Schaffen zur schier unerträglichen Qual. Und im Hintergrunde lauert das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Heute noch läuft die Fabrik mit voller Kraft — morgen und übermorgen auch noch — aber dann? Im Augenblick kommen dem Mann diese Gedanken. Schleudert den Hammer auf die Feilbank, ist aus seinem Arbeitsrausch erwacht, sieht das nackte Leben. Klingeln kreischen, zum letztenmal für heute: die Arbeitszeit ist abgelaufen.

Oben arbeitete einer, den das Werkstück in geistiger Bewegung hielt. Die höchste Vollendung der Maschine aber — einer Maschine allerdings, die zur Herstellung eben wieder zahlreicher Kräfte bedurfte — schaffte für den Mann am Werk andere Bedingungen, denen er sich mit noch größerer Geduld unterordnen mußte. Im folgenden sei geschildert, wie einer in einer großen Holzwarenfabrik an der riesigen Dikten-Hobelmaschine seine Kräfte in Gleichförmigkeit verbrauchte. Ein Handgriff am Schalter setzt den Motor in Bewegung und unter donnerähnlichem Getöse kommt die Maschine in den vordrucksmäßigen Gang. Von überall im Saale dröhnt das Rollen der Räder. Klagen singt das Holz unter dem unerbittlichen Stahl. Das Werk ist in Gang.

Brett für Brett.

Brett für Brett, Keilste für Keilste geht über den Tisch der Maschine. Vor dem Krieg wurden Möbel daraus, während des Krieges Munition oder Bazarettfästen und — Särgen. Heute sind wieder die friedlichen Dinge. So spiegelt sich unter dem Lauf der Räder die Zeit. Aber der Arbeiter hat immer nur das Brett vor sich, Monat für Monat, jahraus, jahrein steht er vor dem brüllenden Ungeheuer, das die ungeschlachten rauen Holzstücke aufrißt und in glatter manierlicher Form wieder von sich gibt. Fast automatisch füpft sich ihm die gleiche Handbewegung. Ein Druck an der richtigen Stelle angelegt, ist alles, was er zu geben vermag, um sein Werk vollendet zu gestalten. Früher gehörte das Hobeln zu den schwersten Arbeiten des Tischlers. Es war nicht leicht und erforderte Zeit, alle Bretter, die für einen Schrank bestimmt waren, säubertlich mit der Hand abzuhobeln. Dafür hatte er aber den Genuß der Vollendung des Werkstückes. Von Anfang bis zum Ende ging es durch seine Hand. Heute kann der Arbeiter nur die Vorbedingungen schaffen, aus denen andere das

Werk vollenden. Er überwacht die Maschine, er überwacht ihre Arbeit, ist ein Diener der Maschine und nicht der Dinge, die sie schafft. Seine Widerstandskraft erschlafft. Die Ausbuchtung seiner ganzen Kräfte ist notwendig, um nicht ein Stück der Maschine zu werden. Es ist wenig Befriedigung in der Arbeit, wenig, was sein Leben ausfüllt. Und so sucht er diese Erfüllung außerhalb der Arbeitsstätte. Die gleichförmige Beschäftigung beeinflusst sein Wesen. Er wird müde und matt und bedarf mehr als der andere der Anregung. Er wird an sich irre und verzweifelt, sieht sich als ein Opfer der Zeit und häufig bestimmen diese Einwirkungen sein politisches Denken. An die Stelle verstandesmäßig ausgeglichener Erwägungen treten persönliche Empfindungen.

Nicht überall ist es in den Holzfabriken so. Da ist ein anderer Raum. Der Rarm ist nicht so groß. Von allen Seiten ergießt sich ein Wirbel von Spänen. An mehreren Drehbänken stehen die Drechsler, und unter ihrer sicheren Hand wird aus dem Kloben eine wunderbare Form. Vom Tischlein angefangen bis zur stilvollendeten Tischlampe lassen die Drechsler mit spielender Fingerfertigkeit ihr Werk erstehen. Hier wird zwischen Spindelstocken und Reissstock ein Stück Holz eingespammt, erst mit der Röhre „geschruppt“, dann mit dem Meißel geglättet, bis die ausgezeichnete Form entsteht. Jeder Griff ist sicher berechnet und erfordert feinstes Empfinden für den Charakter des Materials. Hier herrscht Freude und Arbeitslust. Das drückt sich in der Stimmung des ganzen Saales aus. . . .

In Scharen strömen die Fleißigen aus den Fabriken. Alles verschwindet in dem die Straßen füllenden Strom. Im Hintergrund liegt die Arbeit des Tages, die vielen Tausende, die hier schreiten, gehen jetzt an ihr eigenes Leben. In ihren Unterhaltungen klingen Wünsche, Hoffnungen und Sorgen wieder, die verborgen waren und nur dunkel mahnten, als sie acht lange und harte Stunden das Werk beherrschte.

Wo das Geld entsteht.

Die Reichsdruckerei in der Oranienstraße ist eines von jenen Gebäuden, in die kein Unberufener hinein kann. Wer aber geschäftlich darin zu tun hat, der darf sich nicht etwa frei bewegen, sondern geht von der Hand eines Wärters in die des andern, bis er an der richtigen Stelle ist und ebenso geht es zurück bis ans Tor. Diese äußerste Vorsicht war bisher durchaus berechtigt, weil die Reichsdruckerei ein Monopol auf die Herstellung der papierernen Zahlungsmittel des Reiches hatte, deren Herstellung ihr ständig und ausschließlich von der Reichsbank übertragen wurde. Dieses Vorrecht ist aber, wie wir weiterhin sehen werden, so stark im Schwanden, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten für das Institut zu befürchten sind.

Die Reichsdruckerei ist am 1. April 1879 durch die Vereinigung der bis dahin bestehenden „preussischen Staatsdruckerei“ mit der „geheimen Oberhofbuchdruckerei R. v. Decker“ entstanden, sie untersteht in ihrer Verwaltung dem Reichspostminister. Ihre Aufgabe war die Ausführung aller staatlicher Druckarbeiten, außerdem sollte sie Lehrmeisterin für das Gewerbe und Pflegestätte für die graphischen Künste sein. Der technische Betrieb ist in 6 Abteilungen (davon vier für Fabrikation) gegliedert. Abteilung I stellt die Zahlungsmittel des Reiches her, Abteilung II ist die Großbuchdruckerei und verfertigt oder sollte verfertigen sämtliche für Reichs- und Staatsbedarf benötigten Drucksaften als Geschesblätter, Vorlagen für den Reichstag, Reichstagsbuch und Festschriftendruckerei. Eine besondere geradezu berühmt gewordene Abteilung ist die für fremde Sprachen. Diese Abteilung kann Schriften in nicht weniger als 50 verschiedenen Sprachen, u. a. Persisch, Siamesisch, Arabisch, Chinesisch, Japanisch, Sanskrit und Runen herstellen. Abteilung III umfaßt die Brief- und Stempelmarten sowie die Banderolendruckerei; sie kann pro Tag bis zu 40 Millionen Stück Briefmarken herstellen. In der Abteilung IV werden die bekannten Ein- und Bistforden-Kunstlupferdrucke hergestellt. Andere Reproduktionstechniken werden gleichfalls zur Vollendung getrieben.

Die wichtigste und die Deffenlichkeit wohl am meisten inter-

(Nachdruck verboten. Der Mail-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Nach dem amerikanischen Romanstreit überseht von Julian Gumpert.

Sie hörten Henslowes Schritt auf der Treppe und dann einen Augenblick auf dem Pflaster des Hofes. Walters setzte seinen Stuhl an Andrews Bett. „Wir wollen mal wie Männer zusammen sprechen, Andrews. Sogar, wenn du selbst dein Leben ruinieren willst, du hast nicht das Recht dazu! Du hast keine Familie, und der Patriotismus...“ Erinnere dich, es gibt so etwas wie Pflicht in der Welt!“

Andrews setzte sich auf und sagte mit leiser, aber wütender Stimme — er machte nach jedem Wort eine Pause: „Ich kann es nicht erklären... Aber ich werde nie wieder eine Uniform anziehen... also um Gottes willen, halt's Maul.“ „Nach, was du willst. Will nichts mehr mit dir zu tun haben.“

Walters schrie plötzlich vor Wut. Dann begann er sich schweigend auszuziehen. Andrews lag eine lange Zeit flach auf dem Rücken in seinem Bett, starrte auf die Decke, dann zog er sich aus, drehte das Licht ab und ging ins Bett.

Die Rue Petit Jardin war eine kurze Straße in einem Bezirk, der hauptsächlich von Speicherhäusern eingenommen wurde. Eine graue, fensterlose Wand sperrte das Licht auf der einen Seite ganz ab. Gegenüber lagen drei alte Häuser, die aneinandergelehnt standen, als ob eines das andere stützen müsse. Hinter ihnen erhob sich ein ungeheures Gebäude mit Reihen und Reihen schwarzer Fenster. Als Andrews anhielt, um sich umzuschauen, fand er die Straße vollkommen verlassen. Die erschreckende Ruhe, die über der Stadt lag, während seines ganzen Ganges von seinem Zimmer am Pantheon an, schien hier in völliger Einöde und Verlassenheit ihren Höhepunkt zu erreichen. In dem Schweigen konnte er hören, wie ein Hund, der am anderen Ende der Straße herumtrottete, die Füße auf das Pflaster, einen nach dem anderen, aufsetzte.

Andrews schob die Tür auf, die sich leicht öffnete. Jemandwo drinnen klingelte eine Glocke, erschreckend laut nach dem Schweigen der Straße. An der Mauer gegenüber der Tür war ein fleckiger Spiegel mit einem Sprung darin und dar-

unter eine Bank mit drei Marmorischen. Andrews ging hinein zur Bar. Er wartete. Seltsame Unruhe bemächtigte sich langsam seiner. „Wie dem auch sei“, dachte er, „man vergeudet hier seine Zeit. Ich muß eigentlich draußen sein und mich um meine Zukunft kümmern.“ Er ging zurück zu der Straßentür. Die Glocke klingelte wieder, als er sie öffnete. Im selben Augenblick kam ein Mann aus der Tür, die mit Zeitungen bestückt war. Es war ein dicker Mann in einem schmutzigen weißen Hemd. Er hatte ein welkes, grünlich gefärbtes Gesicht. Schwarze Augen schauten Andrews durch nur wenig geöffnete Lider scharf an. „Das ist der Chint“, dachte er.

„Nun?“ sagte der Mann und nahm seinen Platz hinter der Bar ein.

„Ein Bier bitte“, sagte Andrews.

„Es gibt hier keines.“

„Dann bitte ein Glas Wein.“

Der Mann nickte mit dem Kopfe und ging zur Tür hinaus, behielt aber bis zum Verlassen des Raumes Andrews fest im Auge. Einen Augenblick später kam Christfield heraus mit wirrem Haar, gähnend und rieb sich die Augen mit den Knöcheln der einen Hand.

„n Tag, Andy. Bin gerade aufgewacht. Komm mit.“

Andrews folgte ihm durch ein kleines Zimmer mit Tischen und Bänken, einen Korridor hinunter, wo starker Ammoniakdunst ihm in die Augen stach und eine Treppe hinauf, auf der Schmutz und Absall lag. Christfield öffnete eine Tür direkt von der Treppe aus, und sie stolperten in ein großes Zimmer mit einem Fenster, das auf den Hof hinausführte. Christfield schloß die Tür sorgfältig und wandte sich mit einem Lächeln an Andrews:

„Hatte richtig Angst, würdest nicht finden, Andy.“

„So, hier lebst du also?“

„hm, hm 'ne Masse von uns leben hier.“

Ein großes Bett ohne Bettzeug, in dem ein Mann in olivfarbener Kleidung in eine Decke schlecht eingerollt schlief, war das einzige Möbelstück im Zimmer.

„Wir schlafen zu dritt in dem Bett“, sagte Christfield.

„Wer ist das?“ schrie der Mann im Bett und setzte sich plötzlich auf.

„Beruhige dich, Al, is 'n Kamerad von mir“, sagte Christfield.

„Hat die Uniform abgelegt.“

„Jesus, du hast sehr viel Mut“, sagte der Mann im Bett.

Andrews sah ihn scharf an. Ein Stück Handtuch, das hier und da Flecken getrockneten Blutes zeigte, war um seinen Kopf gewickelt, und seine Hand, auch die bandagiert, lag in einer Schlinge an seinem Körper. Der Mund des Mannes zeigte einen verbissenen Ausdruck von Schmerz, als er seinen Kopf wieder langsam auf das Bett zurücklegte.

„Mann, was hast du dir denn getan?“ rief Andrews.

„Ich habe versucht, mit einem Güterzug nach Marseille durchzubrennen.“

„Man braucht Übung, um so was zu machen“, sagte Christfield, der auf dem Bett saß und seine Schuhe auszog. „Will mich wieder hinlegen, Andy. Bin totmüde. Ich habe die ganze Nacht auf dem Markt Kohl gerupft. Man kriegt da Arbeit, ohne erst viel gefragt zu werden.“

„Bistst 'ne Zigarette?“

Andrews setzte sich nieder am Fuß des Bettes und warf Christfield eine Zigarette hinüber.

„Du auch?“ fragte er Al.

„Nein, könnte doch nicht rauchen.“ Werde fast verrückt mit dieser Hand. Ein Rad lief darüber... Was vom kleinen Finger übrig blieb, habe ich mir mit dem Rasiermesser abgeschmitteten.“

Andrews sah, wie ihm Schweißperlen die Backen hinunterliefen, als er sprach.

„Mann, dieser arme Kerl da, der hat was erlebt! Wir haben zu viel Angst, zum Doktor zu gehen und wußten alle nicht, was tun.“

„Ich habe mir reinen Alkohol verschafft und die Wunde darin gewaschen. Kein Schmutz darin. Ich denke, wird schon wieder in Ordnung kommen.“

„Wo kommst du her, Al?“ fragte Andrews.

„Trisco. O, ich möchte schlafen. Ich habe seit vier Nächten kein Auge zugeht.“

„Schau her, Chris“, sagte Andrews, „ich werde mit dir teilen. Ich habe fünfhundert Franken.“

„Jesus, Mensch, scherze nicht mit so was.“

„Hier sind zweihundertfünfzig. Ist nicht so viel, wie es klingt.“

Andrews gab ihm fünf Fünzig-Frankennoten.

„Sag mal, warum bist du denn ausgerissen?“ fragte Al und wandte seinen Kopf nach Andrews.

„Ich war in einem Arbeitsbataillon. Das ist alles.“

(Fortsetzung folgt.)

effiziente Tätigkeit ist die der Abteilung II, der Herstellung der Banknoten. Und gerade die Tätigkeit dieser Abteilung, die doch ohne Zweifel das Rückgrat der ganzen Reichsdruckerei gewesen ist, und auch weiterhin sein sollte, erfährt von Tag zu Tag eine derartige Einschränkung, daß sich der gesamten zurzeit etwa 12 000 Köpfe umfassenden Beschäftigung schwere Sorgen bemächtigt haben. Die Desfinitivität wird beobachtet haben, daß die in der letzten Zeit hergestellten Banknoten ganz anders aussehen als früher. Während man früher die Banknoten äußerst sorgfältig im Kupferdruckverfahren herstellte, verfertigt man sie jetzt im einfachen Mehrfarben-Druck. Die 500-Marknoten — ganz einfach schwarz auf weißem Papier — bedeuten wohl den Gipfel primitiver Banknotenherstellung. Die Auftraggeberin der Noten ist die Reichsbank, die aber nun nicht etwa die Reichsdruckerei ausschließlich mit der Herstellung betraut, sondern im Laufe der Zeit nicht weniger als 41 private Firmen, besonders solche zu den Ulstein-, Stinnes- und Krupp-Konzernen gehörigen herangezogen hat. Die Folge dieser unverständlichen Maßnahme ist selbstverständlich eine Schädigung der Reichsdruckerei, die dadurch vor die Notwendigkeit gestellt wird, Entlassungen vorzunehmen. Durch diese äußerst befremdend wirkende Zurücksetzung der mit den denkbar modernsten Fabrikationsmethoden arbeitenden Reichsdruckerei gerät aber das ganze Unternehmen auf schwanken Boden. Wenn man dann hört, daß die Reichsbank sich mit dem Gedanken trägt, sich eine eigene Druckerei zuzulegen, dann möchte man fast annehmen, daß es gewisse Kreise darauf abgesehen haben, die Reichsdruckerei erst unrentabel zu gestalten, um sie dann eines Tages ganz tot zu machen. Da nun aber die Druckerei ebenso gut Reichsbetrieb ist wie die Eisenbahn, Post und Telegraphie, so muß darüber gewacht werden, daß den Feinden der Staatsbetriebe hier nicht ein heimtückischer Streich glückt. Dazu gehört vor allen Dingen auch, daß die einzelnen Staats- und Reichsministerien gemäß einem vorliegenden Rabinetsbeschluss alle ihre Druckereien der Reichsdruckerei zuführen. Weshalb wird z. B. das so wichtige Reichsarbeitsblatt in einer Privatdruckerei hergestellt?

Heute verfügt die Reichsdruckerei über eine Gesamtfläche von 76 000 Quadratmetern, das ist der vierte Teil der Fläche des Zoo. Der Tagesbedarf an Druck-, Wertzeichen- und Banknotenpapier beträgt circa 50 000 Kilo und erheischt ein gewaltiges Lager. Ein Ausbau der ganzen Betriebsanlage nach der Kommandantenstraße zu ist am Werk. Milliardenwerte, die doch dem Deutschen Volk in seiner Gesamtheit gehören, sind hier festgelegt, und das Volk hat also wohl ein Interesse daran, daß diese Werke nicht lahmgelegt werden.

Der Kampf um die neuen Zuschläge.

Sozialdemokraten gegen bürgerliche Mietersteigerungen.

Der Berliner Ausschuss für das Wohnungswesen der Stadtverordnetenversammlung hörte gestern die Vertreter der Vermieter- und Mieterorganisationen über ihre Anträge und Wünsche zur Festsetzung der neuen Zuschläge an. Die Vertreter der Vermieter forderten für Zinsensteigerung 35 Proz. (bisher 15 Proz.), für Verwaltungskosten, Hausreinigung und Reinigungsmaterial verlangten sie die Umlegung der auf die Wohnung des Hausrentiers entfallenden Betriebskosten einschließlich der Wohnungsabgabe auf die Mieter. Weiter sollten die Höhe für die Höhe der Hausrentier auf 1500 Proz. erhöht werden (bisher 450 Proz.). Die Kosten für Instandhaltungsarbeiten sollten bei Fortfall der Anfangsverordnung auf 5000 Proz. erhöht werden (bisher 1000 Proz.), große Instandhaltungsarbeiten auf 6000 Proz. Der auf die Umlege zu zahlende Zuschlag sollte das 150- bis 210fache der Grundmiete betragen. Die Vertreter der Mieter verlangten in erster Linie den Wegfall des gesetzlich unzulässigen Vorschusses auf die Umlege. Zweitens wurde grundsätzlich verlangt, daß nach § 2 der preussischen Ausführungsbestimmungen zum RMO. für Treppenbeleuchtung, Müllabfuhr, Fahrstuhlbenutzung usw. weitere 15 Proz. von der Friedensmiete in Abzug gebracht werden sollten. Der Ausschuss hatte in der Nachmittagsitzung zu diesen Anträgen Stellung genommen und mit den Stimmen der Bürgerlichen beschlossen, dem Antrage der Mietervertreter nicht nachzugeben und es bei dem bisherigen Zustand von nur 20 Proz. Abzug zu belassen. Im Gegenzug hierzu beschloßen die bürgerlichen Vertreter im Ausschuss, die Kosten für die Wohnungsabgabe der Portierwohnung, welche nach dem Reichsgesetz von dem betreffenden Haus- oder Grundbesitzer allein zu tragen sind, da dieselbe als Dienstwohnung anzusehen ist, auf die Mieter abzuwälzen. Unsere Vertreter im Ausschuss wiesen leider vergeblich auf das Gesetzwidrige in den Absichten der Bürgerlichen hin. Jede Befreiung wurde abgelehnt und beschlossen, den Baukostenzuschuß in voller Höhe auf die Mieter abzuwälzen. Hierauf erklärten unsere Genossen, sich an der Weiterberatung im Ausschuss nicht mehr zu beteiligen und verließen die Sitzung. Jetzt liegt es am Magistrat, den von den bürgerlichen Ausschussmitgliedern gefassten Beschlüssen die Zustimmung zu verweigern.

Der Mädchenhandelsprozess.

Unerwartete peinliche Fragen an die Hauptbelastungseugin.

Die gestrige Verhandlung begann mit einem Zwischenfall. Der Angeklagte Wilhelm Zwaan erlitt einen Schwächeanfall und stürzte unter Weindrängen zu Boden. Die Verhandlung mußte auf kurze Zeit abgebrochen werden.

Zunächst richtete der Verteidiger Dr. Frey an Frau Zwaan Fragen, die von der Zeugin schließlich dahin beantwortet wurden, daß sie zugebe, in diesen Fällen mit Herren intim verkehrt zu haben. Auch gibt die Zeugin Frau Zwaan zu, daß sie in der Villa eines bekannten Verlagsbuchhändlers B., der in eine Senfkonfession verwickelt war, verkehrt habe, bestreitet aber durchaus, an den dort stattgefundenen Radtänzen mitgewirkt zu haben. Als dann das Gericht, um weiteren Fragen der Verteidigung zu begnügen, als wahr unterstellen will, daß die Zeugin Frau Zwaan verchiedentlich Umgang mit Männern gehabt habe, widerspricht die Zeugin entschieden der Auffassung, daß sie jemals Entgelt verlangt habe. In der weiteren Beweisnahme wurde die vier Jahre ältere Schwester der Nebenklägerin, Fräulein Minna Elzholtz, vernommen, die angibt, daß sie die Vertraute ihrer Schwester gewesen sei. Die Zeugin bekennt, daß Zwaan sie habe vereinnahmt, 200 000 M., die sie für ihre Firma von der Bank abholen sollte, zu unterschlagen. Auf Befragen von R. A. Dr. Frey gibt die Zeugin zu, daß sie mit ihrer Schwester öfter im Alten Ballhaus gewesen sei und auch in der Villa Borngräber, R. A. Dr. Frey beantragt hierauf, noch zwei Untersuchungsgefangene namens Stahl und Ruß als Zeugen zu laden. Diese Zeugen hätten sich auf eigenartige Weise gefunden. Als Zwaan nach der letzten Verhandlung die Handakten seines Verteidigers in der Gemeinschaftsgefängnis durchsah, wollte sein Mitgefangener Ruß auf einer Photographie, die drei von den 10 Beschäftigten Elzholtz auf einem Mastenbild darstellte, die beiden Schwestern Minna und Marie wiedererkennen. Er erzählte auch, daß sein Zellennachbar Stahl Frau Zwaan und ihren Ruf von früher her genau kenne. Das Gericht beschloß darauf, die beiden Gefangenen vorführen zu lassen. Die Verhandlung wurde dann lebhaft und interessant, als der Untersuchungsgefangene Stahl vernommen wurde. Stahl, ein früherer Maschinenschlosser, bezeichnet sich als Manager in Sportwagen, besonders im Bog- und Riggport. Stahl behauptet, Frau Zwaan in einem geheimen Nachhof im Admiralspalast gesehen zu haben und will einen Engländer kennengelernt haben, der ihm erzählt habe, er habe mit einer Marie Elzholtz verkehrt, die ihm gedroht habe, wenn er sie nicht genügend unterstützen, so würde sie ihm Schwierigkeiten bereiten, denn er sei von dem englischen Heer desertiert. Auch diese Angaben bestritt die Nebenklägerin mit großer Entrüstung, worauf der Zeuge zugab, daß er sich täuschen müsse. Der zweite vorgeführte Gefangene Ruß, der wegen Hehlerei in Haft sitzt, erklärte, daß er Minna Elzholtz

genau von verschiedenen Tanzdielen her kenne. Die Bardame Annä Krüger kennt die beiden Schwestern Minna und Marie Elzholtz als häufige Besucherinnen des Alten Ballhauses, wo die Schwestern eine Zeitlang täglich verkehrten. Sie ließen sich vornehmlich von verheirateten älteren Herren einladen und sind auch öfter in Begleitung von Herren fortgefahren. Eine zweite Bardame bestätigte im allgemeinen diese Aussage. Nachdem noch der frühere Kriminalwachmeister und jetzige Privatdetektiv Regemann über seine Beobachtungen im Alten Ballhaus berichtet hatte, wo er Marie Elzholtz sehr häufig gesprochen habe, wird die Beweisnahme geschlossen und die weitere Verhandlung auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt. Es wird dann Staatsanwaltschaftsrat Hefner plädieren.

Raubüberfall auf einen Fabrikanten.

Ostern nachmittags gegen 4 1/2 Uhr erschienen in dem Bureau des Inhabers der Zigarettenfabrik Schüller, früher Renommé, Diplomingenieur Westermann, im fünften Stock des Fabrikgebäudes auf dem Grundstück Schönhauser Allee 6/7, drei junge Burschen im Alter von 20 bis 23 Jahren und nahmen dem Inhaber mit vorgehaltenem Revolver sein ganzes Bargeld im Betrage von 500 000 Mark weg. Dann festelten sie ihn und sperrten ihn in den Abort ein. Als in diesem Augenblick die Ehefrau des Westermann hinzukam, fielen die Räuber auch über sie her, raubten ihr einen Raufwurfpfeil im Werte von fünf Millionen Mark und 26 000 M. bares Geld. Als die Verbrecher den Hebel fallen auch noch die Trauringe wegnehmen wollten, boten diese sie inständig, davon abzusehen. Die Burschen entfernten sich dann auch ohne die Ringe und entkamen unerkannt.

„Der Beitrag zu hoch?“

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ — so hört man diesen oder jenen sagen.

Wer dieses sagt, bedenkt nicht, was er spricht, er will gewinnen, ohne was zu wagen. Ein jeder Pfennig tut ihm bitter leid, der nicht als Gold in seinen Schnapsack gleitet, doch nimmt er gerne ohne Dankbarkeit, was der Verband ihm mühevoll erstrittet.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ —

Ein Wort fürwahr, das seinen Sprecher richtet. Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht. Dann kommt die Zeit, wenn wiederum was einsteht die Willkür wird ob deiner Ohnmacht höhnen. Dann laßt der Büttel, wenn du klagst und weinst. Dann wird er noch ans Kuschen dich gewöhnen.

„Der Beitrag ist zu hoch! Ich zahle nicht!“ —

Kann man mit Männern, die dies Wort betreten, die Welt erobern, Freude, Brot und Licht, wenn sie ein Opfer dazubringen scheuen? Nur wer kein Opfer scheut, besitzt das Recht, sich an den Tisch des Lebens hinzusetzen. Drum geht es Freund, im täglichen Geseht das Schwert der Tat mit Opfersinn zu wehen. (Aus: „Der freie Landarbeiter“.)

Ein konsumentenfreundlicher Stadtausschuss.

Ein Stadtverordneten Ausschuss beschäftigte sich eingehend mit der Magistratsvorlage über die geplante Abänderung der Verordnung über die Erhebung einer Verwaltungsgebühr für die Kohlenbewirtschaftung. Der Magistrat war durch den Stadtbaurat Horten vertreten. Diese Gebühr soll für die Tätigkeit des Kohlenamtes in Höhe von 0,3 Proz. des Durchschnittspreises der Brennstoffe für Berlin, soweit sie für Hausbrand Verwendung finden, erhoben werden. Auf eine Anfrage erklärte Stadtbaurat Horten, diese Gebühr würde jetzt etwa 700 Millionen Mark jährlich einbringen. Der Räumler hatte bisher die Ausgaben für das Berliner Kohlenamt vorgeschlagen, es sei nun aber ein größerer Fehlbetrag zu bedenken und dazu reichen die bisherigen Gebühren von 3 Mark pro Tonne Hausbrandhöhe bei weitem nicht aus. Der Ausschuss lehnte hierauf einmütig die Vorlage mit Rücksicht auf diese neue Belastung der Verbraucher von Hausbrandkosten ab. Dem Magistrat wurde anheimgestellt, eine neue Vorlage zu machen über die Deduktion des Zuschusses und der Kosten für das Kohlenamt, dessen Abbau man wünsche. Gleichzeitig soll der Magistrat ersucht werden, Heizvorrichtungen zu errichten für Hausfrauen, die an Brennstoffen sparen wollen.

Die Konsumentenfreundlichkeit des Ausschusses in Ehren, aber 0,3 Proz. Gebühr auf einen Zentnerpreis von 6500 M. macht ganze 19 M. und 50 Pf. aus, und man kann zu diesem Beschluß nur mit Frey Reuter sagen: „Wenn einer dann deilt, was bei deilt, dann kann bei sich mehr dauern, als bei deilt.“

Millioneneinbruch in Dahlem.

Am Vordach in Dahlem, der feinsten Gegend dieses von alten und neuen Reichen bewohnten Vorortes, kletterten Einbrecher über die Gede eines Gartens, beschnitten im hohen Erdgeschoß einer von einer Dame bewohnten Villa eine Scheibe mit Seife, drückten sie ein, regelten das Fenster auf und betasteten sich so Zutritt zu den Wohnräumen. Sie erbeuteten Millionenwerte, darunter besonders wertvolle Teppiche, einen 3/4 x 2/4 Meter großen Sack, eine 1/2 x 3/4 Meter große Samarkandbrücke, dessen Muster ein indischer Torbogen ist, einen Schirm, einen Kelim und einen 2/4 x 3/4 Meter großen Afghan. Die Beutelohe hat auf die Wiederherbeistellung eine Veranschlagung von 2 Millionen Mark angelegt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Legtmeyer im Zimmer 89 A des Polizeipräsidiums. Diese und ähnliche Vorfälle mögen für die von ihnen Betroffenen äußerst fatal sein. Beweisen sie aber nicht immer wieder von neuem, daß der Privatbesitz unermessliche Reichtümer aufgestapelt und damit dem Volksganzen entzogen hat?

Der Flughafen auf dem Tempelhofer Feld.

Die Verkehrsdeputation unter Vorsitz des Bürgermeisters Ritter gab, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, in ihrer Sitzung am 23. April ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem von Stadtbaurat Dr. Ing. Wör vorgelegten Projekt der Errichtung eines tropischen Flughafens auf dem Tempelhofer Feld. Bei der Aufnahme des internationalen Luftverkehrs zu Anfang Mai ermöglichen soll. Der Einrichtung eines endgültigen Flughafens, sowie der Klärung der Frage der zweckmäßigsten Einteilung der übrigen noch dem Fiskus gehörenden Freistücke auf dem Tempelhofer Feld kann seitens der städtischen Stellen erst nach Abschluß der schwebenden Verhandlungen mit dem Reichsministerium nähergetreten werden.

Lauben-Ausbau.

Was die Wohnungsmängel und die Mietensummen der Wohnungsbauabgabe nur sehr unvollkommen erreichen, das bringen jetzt zahlreiche Laubenkolonisten fertig. Bekanntlich haben diese Kolonisten neben der Holzlaube, in der sie während der wärmeren Jahreszeit aus schlafen, fast durchweg noch eine Winterwohnung in der Mietkammer. Viele stellen nun, um ihre Finanzen aufzubessern und der Heizung handzuhalten, die Winterwohnung in eine Winterwohnung gegen Baukostenzuschuß zu Verfügung und bauen mit dem dazwischen und mit Genehmigung der zuständigen Behörden die Laube massiv oder in Fachwerk zur Winterwohnung aus. Das ist freilich ein aus der

Not geborenes Risiko. Die Laubenkolonien liegen sämtlich auf Pachgelände. Wird das Gelände für wichtigere Zwecke gebraucht, so müssen die Kolonisten abbrechen und sind ohne Winterwohnung wohnungslos. Das Meingarten-Schutzgesetz hat zwar solchen Gefahren einen guten Riegel vorgeschoben, aber in absehbarer Zeit könnten sich vielleicht doch Schwierigkeiten ergeben.

Die Ursachen des Flugunglücks.

Auf Grund einer demokratischen Anfrage hat der Magistrat jetzt der Stadtverordnetenversammlung einen schriftlichen Bericht über die Ursachen des Flugunglücks auf dem Tempelhofer Feld erstattet. Zu einem Teil gibt dieser Bericht die in der Presse bereits mitgeteilte Vernehmung des verletzten Flugzeugführers Noack wieder, aus der hervorzuhelien scheint, daß der Flugzeugführer durch ein Zusammenreffen einer Reihe von ungünstigen Umständen in die schwierige Lage geraten war, die ihn zum Niedergehen zwang. Zum anderen Teil bestätigt der Bericht die Berechtigung der Angriffe, die wir gleich nach dem Unglück gegen die Veranstaltung des Fluges gerichtet haben. Es wird geschildert, daß der Kreis der Teilnehmer ursprünglich auf etwa 38-40 bemessen gewesen sei, dann aber in letzter Stunde auf Veranlassung der Gesellschaft erweitert wurde, so daß insgesamt 72-75 Berechtigungscheine ausgestellt wurden. Bei der Veranstaltung selbst herrschte dann ein vollkommenes Durcheinander. Es heißt in höflicher Form: „Außerdem hatten sich mehrere Herren und Damen in die Flugzeuge gedrängt, ohne einen Berechtigungschein zu besitzen“. Diese Ueberfüllung des Rahmens der Flugveranstaltung ist die eigentliche Ursache des Unglücks, denn nur deswegen sah sich die Gesellschaft veranlaßt, auch das verunglückte ältere Flugzeug zu benutzen und nur dadurch war die Ueberfüllung des Landungsplatzes möglich, die dem abgestürzten Flugzeugführer zu der verhängnisvollen Kurve über dem Waldchen veranlaßte. Hätte man sich von vornherein mit 40 Teilnehmern und 5 Flugzeugen begnügt, und im übrigen etwas Ordnung in die Geschichte gebracht, dann konnte nach menschlichem Ermessen das Unglück nicht passieren. Das geht aus dem Bericht des Magistrats mit absoluter Eindeutigkeit hervor. Mag auch die Gesellschaft aus Reklamebedürfnis auf einer Erweiterung des Kreises der Flugteilnehmer bestanden haben, die verantwortlichen Veranstalter im Magistrat hätten diesem Drängen unter keinen Umständen nachgeben dürfen.

Seht Euch die Blätter an!

Daß genau so, wie das Wissen der Niederdummheit, die sie begangen, den geistigen Horizont der rechtsbeschränkten, in alter Liebe zum angekommenen Herrscherhause ergebenden „Bürger“ nicht geläutert hat, beobachtet man leider auch immer noch „Arbeiter“, die aus dem, was einmal war und wie es ist, doch nichts gelernt haben müssen. Sonst könnten sie nicht, wie man es manchmal immer noch sehen kann, Zeitungen lesen, die durch ihren Standpunkt nichts weniger als arbeiterfreundlich und in ihrer Scheinsympathie für den „braven Mann am Werk“ verlogen sind. Was soll man dazu sagen, wenn ein Arbeiter B. eine Zeitung liest, die sich u. a. über unseren Beschluß, am 1. Mai zu feiern, nicht beruhigen kann und 20 Zeilen Gift und Galle darüber spucken muß und Sätze schreibt wie z. B.: „Die Sozialdemokraten rüsten wieder zur Märfest!... Viele Rüstungen erscheinen uns reichlich überflüssig!...“ Arbeiterverbände und internationale Solidarität sind auf dem Rückmarsch und auch die Kulturtapen des Kulturwertes hat wenig erfreuliche Erscheinungen gezeigt. Wenn allerdings die Märfest dazu benutzt werden soll, Klassenkampf und Klassenhaß im Inneren zu schüren, dann würde sie zwar den Parteien erfüllen, sonst aber eine unverantwortliche Verhöhnung an Volk und Vaterland bedeuten. Der rote Wotlag hat sich überlebt... Und so geht es weiter! In einer anderen Zeitung vom sogenannten nationalen Block liest man, daß es „gerade der Arbeiter und seine Forderungen sind, die den Staat ruinieren!“ Was heute ein Arbeiter an Lohn beziehe, sei größtenteils Erpressung. Man schimpft auf den Betriebsrat und den Zwang, mit dem Arbeiter verhandeln zu müssen, anstatt ihn, wenn es einem nicht paßt, einfach auf die Straße werfen zu können. Zwischen den Zeilen steht der Schrei nach der Konarischen Rente und dem Zwölfstundearbeitstag zu einem Hungerlohn in menschenunwürdigem Maße! So mokiert im Brustton ehelicher Ueberzeugung ein anderes volksparteiliches Blatt: „Welcher Familienausstand kann sich unter den heutigen Verhältnissen schmal in der Woche Fleisch leisten? Welches usw.“ Der Arbeiter ganz sicher nicht! Man will es aber überall so hinstellen, als wäre es der Arbeiter. Man vergißt, daß man in den Kreisen des „nationalen Blocks“ mehr bei Hiler und Kempinski ist als zu Hause. Würde man zusammenrechnen, läme sicherlich mehr heraus als sechs mal Fleisch in der Woche! Aber alles ist gut genug, um den Arbeiter schlecht zu machen! Und solche Blätter werden noch von Arbeitern gelesen!

Hier für die zu denken, ist Pflicht jedes Genossen! Wie es Pflicht jedes Genossen ist, den „Vorwärts“ zu lesen, zu halten und zu verbreiten!

Siedlung und Meingarten. Die heute fällige Nummer „Siedlung und Meingarten“ konnte wegen technischer Schwierigkeiten nicht rechtzeitig fertiggestellt werden und wird am Donnerstag unseren Bezüglern geliefert. Wir bitten wegen der Verspätung um Nachsicht. Vorwärts-Verlag.

Warnung! Die Sammelisten Nr. 235 und 236 sowie Kuweis mit Lichtbild Nr. 100 sind einem Genossen der „Arbeiter-Samariter Kolonne Berlin e. V.“ am 2. April 1923 gestohlen worden. Es wird gebeten, dieselben sofort anzuhalten und der Geschäftsstelle Schönlager Straße 201 zuzuführen.

Dank! Frau Luise Böger schreibt uns: „Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Tode meines unvergeßlichen Mannes sage ich auf diesem Wege allen Beteiligten meinen innigsten Dank.“

Mitgliederversammlung der Kunstgemeinde Neutölln. Heute, Dienstag, 8 Uhr, in der Aula der Realschule, Neutölln, Bobbinstraße: Hauptversammlung für alle Mitglieder der Kunstgemeinde Neutölln. Tagesordnung: 1. Vortrag Stadtrat Schneider: Müllabfuhr und Ausbau. 2. Freie Kundgebung und Wahl von sechs Mitgliedern für den künstlerischen Ausschuss. Eintritt für Mitglieder der Kunstgemeinde gegen Vorgelegung der Mitgliedskarten frei.

Aus der Partei.

Genosse Emil Landgraf, der Geschäftsführer unserer „Chemnitzer Volksstimme“, begeht am 24. April seinen 60. Geburtstag. Genosse Landgraf hat das Chemnitzer Zeitungsunternehmen aus seinen Anfängen zu einem der größten und bestentwickeltesten Parteibetriebe emporentwickelt. Als im Jahre 1891 die Genossen des Chemnitzer Bezirks zum ersten Male in Burgstädt ein täglich erscheinendes Organ begründeten, wurde Emil Landgraf als Geschäftsführer berufen, der damals — von Haus aus Birker, später Werkmeister — wegen Verbreitung sozialistischer Schriften genähert war. Die Burgstädt „Volksstimme“ siedelte bald nach Chemnitz über, gelangte dort zu immer größerer Entwicklung und konnte im Jahre 1911 ein eigenes Heim beziehen, das wegen seiner großzügigen und modernen Anlage noch heute den Stolz der Chemnitzer Partei bildet. Diese ganze Entwicklung ist mit dem Namen Emil Landgraf eng verknüpft, der 32 Jahre lang das Unternehmen geschäftlich geleitet und verwaltet hat. In den ersten Jahren war die Verlegerstätigkeit freilich eine sehr „schwungvollreiche“; denn oft kam es vor, daß der einzige Redakteur im Gefängnis saß und der Verleger dann gleichzeitig die Redaktionsgeschäfte führen mußte. So stand Emil Landgraf in den ersten zehn Jahren seiner Tätigkeit nicht weniger als 30 mal unter Anklage wegen Preßvergehens, doch gingen die meisten Verfahren noch glimpflich aus. Immerhin ist diese Zahl ein Zeichen dafür, wie damals die Klassenjustiz gegen unsere Presse wütete. — Wir wünschen unserem allzeit schöpferischen Genossen Landgraf noch weitere Jahre rüstigen und emigen Wirkens zum Segen der Partei.

Die Severing-Debatte im Landtag.

Der Preussische Landtag setzte am Montag die Aussprache über den Haushalt des Innenministeriums fort. Abgeordneter Dr. Bredt von der Wirtschaftspartei erklärte, er halte den Minister Severing nicht für einen Koalitionsminister, wohl aber für einen der temperamentvollsten Parteiredner im Hause. Von dieser seiner Fähigkeit mache er aber als Minister einen zu weitgehenden Gebrauch. Offenbar sei nicht damit zu rechnen, daß der Minister gegen die Deutschösterreichischen irgend etwas Überraschendes Neues vorbringen werde. Unzweifelhaft zeige der nationale Gedanke einen ungeheuren Aufschwung in Deutschland. Mit Verböten aber bringe Minister Severing diesen Aufschwung kaum in die rechte Bahn. Nach Dr. Bredt rechnete Genosse

Rabob

noch einmal mit den Angriffen gegen Severing ab: Keine Partei hat wiederholt erklärt, daß sie alles tun werde, um die Pläne der französischen Gewalttäter zu durchkreuzen. In ihrem Widerstandswillen hat sie bis jetzt nicht nachgelassen. Im Gegenteil. Was meine Partei aber will, ist, daß neben der Rettung des Reiches die Leiden der Bevölkerung abgekürzt werden, daß also jede brauchbare Verhandlungsbasis besprochen wird. Deshalb hat vor vornherein die Sozialdemokratie eine Grenze gezogen gegen alle nationalistischen Treiberereien. Passiver Widerstand — ja, aber auch Widerstand gegen die Hausurteile der Reaktion. Schon in Augsburg haben die deutschnationalen Führer erklärt, daß gegen den Minister Severing in Preußen der schärfste Kampf geführt werden müsse. Ein Anlaß zur Redensartung des Kampfes ist das Verbot der Deutschösterreichischen Freiheitspartei. Die Rechte schreit, der Minister möge doch mit seinem Material herausrücken. Dabei wissen die Herren ganz genau, daß die Zurückhaltung des Ministers auch aus außenpolitischen Gründen geboten ist. Man streift über die Größe der Gefahr von rechts und von links. Wo die größere Gefahr droht, zeigt ein Blick in die Presse der Kommunisten und Nationalisten. Die deutschösterreichischen Blätter reden davon, Severing rufe vor der Entente auf dem Bauch. Wir wissen, wie solche gemeingefährlichen Schreierereien auf die unwissenden Fanatiker in den nationalistischen Kreisen wirken. Wir haben einige Erfahrung aus den Zeiten Erzbergers und Rathenaus. Die Hege gegen Severing genügt aber den Deutschnationalen und Deutschösterreichischen nicht. Auch die Arbeiterklasse muß beschimpft werden, trotzdem sie jetzt wie während des Krieges auch im Ruhrgebiet die Hitze und Last des Kampfes auszuhalten hat. Herr Schlangel hat Sympathie für die Deutschösterreichischen, die wir vom Raubmord her gut kennen. Diese Sympathie ist bezeichnend. Wozu die Antisemitische dienen soll, versteht man, wenn man erzählt, daß schon 1918 beim Zusammenbruch im Großen Hauptquartier

die antisemitische Hege als Ablenkungsmittel

vorgeschlagen wurde. Die Deutschösterreichischen geben auf Arbeiterfang aus und eine ihrer Gruppen nennt sich ja bekanntlich „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“. Wie es mit dieser „Arbeiterpartei“ beschaffen ist, sieht man an der Zusammensetzung der Zeitung der Deutschösterreichischen in München wie in Berlin. Bei der deutschösterreichischen Tagung im Reichstag waren neben einem Hausen Offiziere, Adligen und Großgrundbesitzern ganze zwei Arbeiter dabei. Die Herren von rechts meinen, die Abwehrmaßnahmen Severings entsprängen aus der Angst der Linken. Nun, wer hat 1918 Angst gehabt? Es ist nicht Angst, sondern

die Sorge, den Bürgerkrieg ins Land zu bekommen.

wenn nicht zeitigen Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Wenn aber die Reaktion durch das Bürgerkrieg haben will, dann wird sie eines Tages erleben, wie wenig Angst bei den Arbeitern zu finden ist. Die Herren von rechts dürfen nicht glauben, daß wir die giftigen versetzten Angriffe vergessen, wie sie jetzt z. B. wieder der „Tag“ gegen Severing und gegen den Regierungspräsidenten Bronnowski vollführt. Severing und Bronnowski können aus berechtigten Gründen jetzt nicht so sprechen, wie sie wollten, um den Wählerern im Hinterhalt eine auf's Maul zu geben. Aber der Tag wird kommen wo über manche Dinge dieser Tage ein deutliches Wort gesprochen werden wird. Wohin die Treiberereien der deutschösterreichischen Elemente führen, zeigen die Ereignisse in Bayern, wo die Deutschösterreichischen nahe daran sind, der Regierung über den Kopf zu wachsen. Heute machen sich auch die Führer der Deutschen Volkspartei ihre eigenen

Gedanken über die Entwicklung in Bayern.

Wir wußten längst Bescheid. Nur aus Sorge gegenüber dem Treiben in Bayern mußte die linksstehende Bevölkerung in Sachsen und Thüringen an den Selbstschutz denken. Der Selbstschutz ist eine Gefahr und nur höchstens als Notwehrmaßnahme, wenn es nicht mehr anders geht, verständlich. Was wir brauchen, ist nicht Selbstschutz, sondern eine zuverlässige Polizeitruppe im Dienst der Republik. Was hat man nicht alles erzählt von der Zerschlagung der Polizei durch das System Severing. Die Haltung der Polizei im Ruhrgebiet zeigt, daß das System Severing in der Polizei gute Früchte getragen hat. Neben der Polizei allerdings kann sich die Republik in gefährlichen Augenblicken nur auf die Arbeiterschaft stützen. Diese Arbeiterschaft, die Dreifachmacht und ihre republikanischen Nachbarn und Bundesgenossen zusammen werden dafür sorgen, daß die deutschösterreichischen und deutschnationalen Bäume nicht in den Himmel wachsen, wenn auch die Reaktion, die — das ist kein Geheimnis — sich augenblicklich wieder recht wohl fühlt und übermäßig ihr, gerne davon träumt. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Stiller (Z.): Auch die Rede des Herrn Schlangel kann die Einheitsfront an der Ruhr nicht stören. Dafür hat die Bevölkerung an Ruhr und Rhein, die sich in ihrer großen Masse aus Vertretern jener Kreise und Parteien zusammenschließt, die der alte Staat als national unzuverlässig, ultramontan und vaterlandlos behandelt hat, ihr Vaterland viel zu lieb. (Sehr richtig!) links und im Zentrum.) Die Bevölkerung an Ruhr und Rhein in all ihren Schichten hat begriffen, daß es bei diesem Kampfe um die Einheit des Reichs und damit um die Existenz der deutschen Wirtschaft geht. Mein Kollege Bönary hat als Ziel des Ruhrkampfes Richtlinien aufgestellt, die ich im Auftrage der Fraktion nochmals unterstreichen möchte. Wir wollen, daß

jede Möglichkeit zu Verhandlungen ausgenutzt

wird, um die Leiden der Bevölkerung abzukürzen. Erscheint ein Angebot unsererseits zweckmäßig, muß es gemacht werden. Jede Forderung der Franzosen, die eine Verletzung der Souveränität Deutschlands bedeutet, ist abzulehnen. Wir sind bereit, bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit Widergutmachungen zu leisten und für die Freiheit des deutschen Landes schwere Opfer zu bringen unter besonderer Belastung des Besten. Wichtigere als die materielle ist die moralische Unterstützung an Ruhr und Rhein. Die besonnene Arbeiterschaft lehnt die Beteiligung an Krawallen ab. Selbstschutzorganisationen halten wir für ein Unglück für Land und Volk. (Beifall im Zentrum.)

Wir haben genug des Bürgerkriegs.

Schutz der Staatsautorität ist allein Sache der Staatsgewalt. (Sehr richtig!) Gegenüber dem heldenhafte Verhalten der Polizei im Ruhrgebiet muß jede Kritik an dieser Einrichtung verstummen, der preussische Staat kann stolz auf seine Polizei sein. (Sehr richtig!) Abg. Bäcker-Berlin (Dnat.): Alles muß ferngehalten werden, was der Sammlung aller Volkskräfte, die guten Willens sind, widerstrebt. Wirtt dazu auch der Minister in Preußen, der dazu in erster Linie die Pflicht hat? Der preussische Innenminister tut das nicht. Seine am Sonntagabend abgegebenen Erklärungen haben uns nicht befriedigen können. Herr v. Kardorff hat in einer Weise, die für den Vertreter einer benachteiligten Partei immerhin scharf war, das Verhalten unserer Partei kritisiert. Ich habe zu erklären, daß die Rede des Abg. Schlangel nach Inhalt und Form auf den einmütigen Beschluß meiner Fraktion ge-

halten worden ist. (Große Bewegung.) In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ war gestern in einem Artikel zu lesen, daß die größte Gefahr das preussische Innenministerium

sei, wo Herr Severing ein sozialistisches Parteiregiment führe und daß die Deutsche Volkspartei, wenn sie aus der Kardorff'schen Rede die richtigen Konsequenzen ziehen wolle, für das Wirttrauensvotum stimmen müsse. (Heiterkeit.) Die beiden ostpreussischen Landräte Luwers und Graf Wauditsch sind grundlos aus ihren Ämtern vertrieben worden. In dem Falle des Polizeipräsidenten Runge in Halle fordern wir die Einleitung eines Disziplinarverfahrens, damit wirkliche Feststellungen getroffen werden können. Die Beamten und Offiziere des alten Staates haben in der Zeit der tiefsten Not, als es galt, überhaupt das Staatswesen aufrechtzuerhalten, mindestens so gewissenhaft und pflichtgetreu ihren Dienst getan, wie irgendein Novembermensch. Beweis dafür ist schon der Staatssekretär Dr. Freund, der vier Regierungen in Preußen nacheinander mit derselben Treue gedient hat. (Große Heiterkeit.) Der Minister erklärt, er gehe nicht gegen Parteien, er gehe nur gegen Unheilthäter vor. Faktisch hat er alle nationalen vaterländischen Verbände aufgelöst und verboten, obwohl keine Ruhestörung vorlag. Er hat die Führer dieser Verbände als Spitzel bezeichnet. Ich nehme die so Bezeichneten auf das entschiedenste dagegen in Schutz. (Lebhafte Beifall rechts.) Wir stören hier keine Einheitsfront, denn wir haben hier

nur die Fassade einer Einheitsfront.

hinter der wir schon die Rauerbrecher sehen, die sie zerstören. (Stürmische, andauernde Unterbrechung links.) Wir fühlen uns nicht isoliert, draußen im Lande sind Hunderttausende, die in uns die Wortführer des Volkes erblicken. Das wird dazu beitragen, dem Volk die Augen zu öffnen. (Lebhafte Beifall rechts, Zischen links.)

Minister des Innern Severing:

Ich lese Verwahrung ein gegen die Behauptung, daß ich die Arbeiter führe, die im Interesse des Landes und des Reiches getan werden. Ich störe die Arbeit derjenigen, die die Führung besitzigen und sich an die Spitze stellen wollen. Sie (nach rechts) behaupten darauf los, ohne einen Schatten des Beweises zu haben. Den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit muß ich jetzt auch auf den Abg. Bäcker ausdehnen. Wenn der große Stam zum Aufrollen kommt, wird sich das zeigen. Herr Oberleutnant Müller-Lobes, dessen Tätigkeit der Vorredner als harmlos darstellte, war wirklich nicht so harmlos. Den Venten, die er einstellte, erklärte er, daß sie nicht so harmlos sind, wie er behauptete, sondern daß sie die Arbeit nicht allzu lange auszuüben brauchten. In etwa vierzehn Tagen würden sie ihrer eigentlichen Aufgabe zugeführt. Auf Anfrage erklärte Müller, Maschinengewehre könne er gebrauchen, auch „Bohnenstangen“. Des Vorhondens genüge nicht für den Ernstfall. Auch von meinen Vorwürfen gegen den Brandenburgischen Landbund kann ich nichts zurücknehmen, da er im Verein mit anderen Landbünden in der Zeit größter Not einschloffen war, Lieferfrist durchzuführen. (Abg. Bäcker (Dnat.): Vor Jahr und Tag, aber doch nicht jetzt — Leb. Wohl links.) Die Kommunisten haben sich in den ersten Tagen des Ruhrkampfes in die Abwehrfront gestellt und ich hatte keine Veranlassung, durch unabweisliche Maßnahmen einzugreifen. Wenn sie später die Front stürzten, so sind sie dafür von der Arbeiterschaft zur Ordnung gerufen worden. (Abg. Schulz-Neuföllm (Komm.): Sie erzählen ja lauter Märchen! Sturm. Heiterkeit.) Der in der Diskussion angegriffene Staatssekretär Freund hat sich den politischen Notwendigkeiten angepaßt, anders als

gewisse Beamte, die sich von der Republik bejahen lassen, und den Staat unterminieren.

(Sturm und Unterbrechungen rechts.) Die Berufung der Beamten erfolgte im alten Regime lediglich nach politischen Gesichtspunkten. Das muß erst einmal ausgeglichen werden, um eine gewisse Parität durchzuführen. Alle Volkstreife wollen eindringen in die Mitverantwortlichkeit für den Staat. Gegenüber der Behauptung, ich hätte bei meinem Vorgehen gegen die rechtsradikalen Umtriebe ohne Fühlung mit meinen preussischen Ministerkollegen gehandelt, stelle ich fest, daß ich von den beabsichtigten Schritten dem Staatsministerium immer Mitteilung gemacht habe und mich auch in voller Uebereinstimmung mit dem Reichsinnenminister Dr. Oeser befand. Auch ich weiß, daß man eine politische Bewegung nicht mit Polizeimaßnahmen aus der Welt schaffen kann. Wenn aber das Studium der Vorgänge mich zu der Ueberzeugung bringt, daß das Nichtzugreifen zum offenen Bürgerkrieg führen muß, so war es meine Pflicht einzugreifen. Mit Verböten will ich den nationalen Gedanken nicht unterdrücken. Ich unterscheide aber zwischen national und „Nationalisten“. Nationalistische Spielereien gefährden den nationalen Gedanken und die Abwehrfront. Zwischen national und nationalmäßig gibt es einen Trennungspunkt zu ziehen. Selbstschutzorganisationen jeglicher Art halte ich für ein Moment der Verantwortung. Wird auf dem Wege dazu gerückt, so kommt die Antwort aus der Industrie und den Städten. Unsere Schutzpolizei hat sich hervorragend gehalten und sie wird das auch tun, wenn politische Insurgentenbände die Ruhe im Osten stören sollten. (Starker Beifall im Hause.)

Abg. Leidig (D. Sp.) kritisierte in maßvoller Weise die Tätigkeit des Innenministers und betonte dabei, bei dem Verbot der Deutschösterreichischen Freiheitspartei hätte die Rücksprache des Innenministers mit dem Kabinett nicht an Zufälligkeiten scheitern dürfen. Gegen den Hallenser Polizeipräsidenten Runge müsse eine Untersuchung eingeleitet werden. Auch habe der Erfolg des Ministers an die Oberpräsidenten nicht gebührt, daß Herr Hörsing in Magdeburg die Parade abgenommen habe. Mit unferer Kritik, so betonte Dr. Leidig zum Schluß, wollen wir aber nicht die Koalition sprengen, sondern stärken. Wir rechnen das deutschnationale Wirttrauensvotum ab. Nachdem dann noch der Demokrat Bartsch-Hannover das Vorgehen der Deutschnationalen gerade unter außenpolitischen Gesichtspunkten als Standesbescheid hatte, vertagte sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 6 Uhr.

Der Reichswirtschaftsetat.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen setzt der Reichstag die Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums fort. — Abg. Antke (Dem.) betont, daß seine Freunde durchaus für die Marktstabilisierung seien und betont, daß der Preisabbau durch den Wucher der Löhne beim Holzverkauf gefördert werde. — Abg. Dr. Reichert (Dnat.) weist den Vorwurf zurück, daß die Industrie die Konjunktur durch Preistreibererei ausdeute. Den Arbeiter n gehe es verhältnismäßig gut, sie seien die einzigen, die in der Lage seien, die Verelendung abzuwälzen. — Abg. Remmele (Komm.) betont gegenüber dem Vorredner, daß der Anteil des Lohnes an den Preisen dauernd zurückgehe und daß die Unternehmer & sogar verstanden hätten, die Ruhehilfe für ihre Profitinteressen zu mißbrauchen. Der Nationalismus der Rechten erdrehne in einem merkwürdigen Licht angesichts der Tatsache, daß die Badischen Anilinwerke sogar Arbeiter zur Munitionserzeugung nach Frankreich geschickt haben. — Reichswirtschaftsminister Dr. Becker erklärt gegenüber den Angriffen des Abg. Dr. Herz, seine Haltung zum Ruhrstreik sehe durchaus im Einklang mit der Haltung des Kabinetts. Die Einfuhr englischer Kohle sei auf eine bestimmte Anzahl von Händlern beschränkt, um zu vermeiden, daß eine übermäßige Verteuerung der Kohle eintritt. Das Ministerium habe sich bei den Ländern bemüht, auf eine Ermäßigung der Holzpreise hinzuwirken. Die Ankündigung der Re-

gierungsmahnahmen zur Stabilisierung der Markt habe sehr abschreckend auf die Spekulanten gewirkt, was die Entwicklung am Devisenmarkt beweise. Der Stabilisierungskommission, die ihren Namen mit Unrecht führe, solle man andere wichtigere Aufgaben zuweisen. Falsch sei, daß die Kohlenpreise von den großen Konzernen bestimmt werden, das geschehe vielmehr vom Reichskohlenverband. Technisch liege es beim Eisen. Das Ministerium prüfe sehr sorgfältig, ob die für Kohle und Eisen geforderten Preise gerechtfertigt sind. Mit der Kohle dürften bisher keine besonders großen Gewinne erzielt worden sein. Ein großer Teil unserer Waren stehe heute über dem Weltmarktpreis. Die Ausfuhrabgabe sei nicht die einzige Belastung der Ausfuhr. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Remmele über die Badischen Anilinwerke sei zu bemerken, daß es sich um „alle Kamellen“ handle und daß der Vertreter einer international gesinnten Partei doch keinen Anstoß nehmen dürfe an internationalen Handelsabkommen. Wir sollen unsere Entzückung jetzt nicht gegen deutsche Industrielle, sondern gegen andere Stellen richten. (Beifall rechts.)

Abg. Robert Schmidt (Soz.):

Dem Minister gegenüber halte ich das Beispiel des Jahresberichts der Berliner Handelsgesellschaft aufrecht. Der Jahresbericht enthält eine klare Uebersicht über den Devisenbestand. Bei anderen Banken versteht man die Sache mehr. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß große Berliner Banken ihren Kunden Konten in ausländischer Währung eröffnen können. Dahinter verbergen sich viele Spekulanten. Der Lohn der Arbeiter ist keineswegs so gestiegen wie der Kurswert der Aktien. Der Kurswert von 14 Gesellschaften, die nicht einmal zu den prominentesten gehören, ist in einem Jahre um das Doppelte gestiegen. (Hört, hört! links.) Die großen Volksmassen vermehren, während gewisse Kreise enorm verdienen. Bei den Gehalts- und Lohnempfängern ist der Verbrauch an notwendigen Lebensmitteln fortgesetzt zurückgegangen. Landwirtschaft und Industrie haben die Preise für ihre Produkte über den Dollarstand hinausgetrieben.

Die Preise für Kohle und Eisen sind zehnfach höher als vor dem Kriege.

Das ist für die verarbeitende Industrie eine größere Gefahr als die Ausfuhrabgabe. Für die Tatsache, daß unsere Preise über den Weltmarktpreis stehen, gibt es keine Begründung. Die Produktionskosten sind bei uns geringer als anderswo. Aber man will, wie mir ein Industrieller sagte, die Preise nicht weiter herabsetzen, obwohl man es könnte. Man befürchtet in diesem Falle eine Zurückhaltung der Käufer, die erfahrungsgemäß bei einer geringeren Preisentfaltung noch mehr Preisnachschuß erwarten. Zu den Rührheimer Vorkommnissen ist zu sagen, daß auch wir sie bedauern. Die kommunistische Partei bitte ich, ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß solche Vorkommnisse unterbleiben. Wir tragen keine Verantwortung an den Geschicknissen. Wir verurteilen alles, was geeignet ist, die Sache der deutschen Arbeiterschaft zu schädigen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Remmele (Kommunist): Die Verantwortung für die Rührheimer Vorgänge tragen diejenigen, die ihres Profits wegen dazu Veranlassung geben. Die Abg. Rodenhauer und Reinath bezeichnen der Redner als Vaterlandsverräter, wofür er zur Ordnung gerufen wird und erklärt weiter, die Ministerrede sei ein Versuch, den Vaterlandsverrat der Anilinwerke zu rechtfertigen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker weist die Angriffe des kommunistischen Redners zurück. — Abg. Gothein (Demokrat) nimmt seinen Fraktionsfreund Reinath gegen den Vorwurf des Vaterlandsverrats in Schutz und betont, daß die Angelegenheit der Anilinwerke noch nicht völlig geklärt sei. Die Stützungsaktion der Markt sei viel zu spät unternommen worden. Kohlenpreise und Eisenpreise sind ungesund gestiegen worden. Angesichts der fortschreitenden Verarmung der Aktionäre ist die Rede des Abg. Schmidt zu bedauern. — Abg. Remmele (Komm.) erwartet einen Antrag auf Einführung von Armenunterstützung für Aktionäre.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Jaffé (D. Sp.) und Remmele (Komm.), die sich auf den Vertrag der Anilinwerke beziehen, wird das Ministergebot gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt. Angenommen werden die Entschuldigungen des Ausschusses und ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten, 10 Millionen Mark zur Förderung des Hans- und Hochbaues in den Etat einzustellen. — Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung. — Ein Antrag des Abg. Hennig (Deutschösterreich. Freiheitspartei), auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den Antrag wegen des Verbots einer Partei zu setzen, da der preussische Minister Severing im Landtag objektiv unwahre Angaben gemacht habe, wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt. — Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Anträge wegen Abänderung des Strafgesetzbuchs, Befreiung von Versammlungssprengungen usw., Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.) — Schluß 7 1/2 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Wilmersdorf. Versammlung am 25. April in der Bismarck-Gasse, Berliner Straße, Vortrag des Kameraden Wende über „Die Rolle zum Reichsernährungsamt und die Ausgestaltung der Vorkasse“.

Die Not der Zeit

muß jedem als Ansporn dienen, mit größerem Eifer als je zuvor die Ereignisse auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik zu verfolgen. Die Arbeiterklasse wird nie ihr Ziel, den Sozialismus, erreichen, wenn nicht jeder Arbeiter und jede Arbeiterin bestrebt ist, die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen sozialer Not und wirtschaftlicher Unterdrückung zu erfassen. Wer diese Zusammenhänge erkennen will, muß regelmäßig die sozialistische Arbeiterpresse lesen.

Darum abonniert und lest den „Vorwärts“! Werbt neue Leser und Freunde für Euer Blatt!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzuwenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Welt und Wetter“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Trust und Betriebsrat.

Von Kurt Heinig.

Wenn von Trusts gesprochen wird, denkt man bei uns noch heute an die amerikanischen Mammute der Wirtschaft. Es wird übersehen, daß sich in den jüngst vergangenen Jahren Riesenzentralen entwickelt haben, die mit ungeheurer Geschäftigkeit jeden deutschen Arbeitsplatz, der in ihre Nähe kommt, verschlingen. Es geht diesen phantastischen Riesengebilden der neupapitalistischen Entwicklung aber ebenso wie der Weltgeschichte, beide wirken, in der Nähe gesehen und in Einzelheiten und Alltag aufgelöst, keineswegs erschütternd und groß. Sie werden so „einfach“, daß viele meinen, man könne sie durch papierne Formulierungen spielend umformen und wenn nötig, auch beseitigen, ja in die Luft blasen. Der Wirklichkeitsfuss der Arbeiter läßt sich aber auf die Dauer nicht trüben. Man frage die Betriebsräte und im besonderen die Betriebsaufsichtsräte, wie sie über die in tropischem Ausmaß und Tempo sich fortgesetzt wandelnden modernen Kapitalgebilde denken. Es ist nicht schwer, wir haben ja in Berlin Duzende großer deutscher Trusts, ja auch Vertreter der allergrößten, weit über die schwarzrotgoldenen Grenzpfähle hinausragenden Kapitalberge.

Zuerst fallen hier die beiden Elektro-Montan-Konzerne, die AEG-Gesellschaften und die Siemens und Halske, Schuckert-Unternehmungen auf. Sie beherrschen in Berlin und seiner weiteren Umgebung ganze Arbeits- und Wohngebiete. Die Brunnen-, Ucker- und Huttenstraße, Siemensstadt, Oberschöneweide und Hennigsdorf, das ist alles Elektro-Trustsgebiet. Von den beiden Zentralen, in denen Tausende von Angehörigen sitzen, strahlen Verbindungen aus und werden Zustüsse kontrolliert, die den Kontakt mit der gesamten alten und erheblichen Teilen der neuen Welt schaffen. Von diesen Nervenzentren aus laufen vielfach feine Fäden zu den anderen großen Kapitalmächten Deutschlands, ob sie nun Phönix, Wolff, Gute-Hoffnungs-Hütte heißen, oder ob sie die Schiffahrt auf dem Wasser und in der Luft, Petroleumbohrungen oder Stauffogewinnung betreffen mögen.

Die Gegenwart ist immer die neue Zeit, aber die Menschen leben meist im Gestrüch und warten auf das Morgen. Deswegen sehen sie auch nicht, daß sich jetzt neben jenen privatkapitalistischen Zusammenballungen eine ganz neue Art von Unternehmungen bemüht, die ersten Gehversuche zu machen. Es sind die ersten Schritte von Riesen. Wir können sie in Berlin gut beobachten. Die Deutschen Reichswerke in Spandau, die Eisenbahnwerkstätten, die Reichsdruckerei sind Spuren davon. Der vorläufige Kopf ist die Vereinigte Industrieunternehmungen AG., es ist die Dachgesellschaft, unter der das Reich seine Elektrowirtschaft, seine Aluminium- und Stickstoffgewinnung, die Deutschen Werke und seinen sonstigen industriellen Besitz untergebracht hat. Ungeahnte Möglichkeiten tauchen auf; schafft dem Staate Macht und formt die Macht nach eurem Willen, dann gehört auch diese Waffe gegen den Kapitalismus euch!

Mächtige Spezialkonzerne hat Berlin so viele, daß sie nur mit Hilfe einer Registerkarte beobachtet werden können. Greifen wir einmal hinein. Da ist die Ludwig Loewe und Co. AG. Sie spaltete vor 25 Jahren ihre Waffenfabrik und ihre elektrotechnische Erzeugung ab. Heute sind derlei Splitter z. B. zur Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik AG. geworden. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, die Knorr-Bremse AG. und andere sind Freunde und Nachbarn von Loewe. Die Knorr-Bremse AG. in Vichtenberg, die zum Loewe-Konzern gehört, ist selbst wieder ein ganzer Konzern, der im In- und Ausland rund 400 Patente ausbeutet, der überall verdient, wo Eisenbahnzüge gefahren werden, der heute mit der Einführung der durchgehenden Güterzugbremse auf den deutschen Reichseisenbahnen beschäftigt ist; er hat sich im besonderen in Bayern Ableger geschaffen.

Wieder ein anderer Typ unserer Berliner Konzerne ist die Optische Anstalt C. P. Goerz AG. Sie ist aus ihren Friedenauer Betrieben nicht nur nach Leipzig, Kassel, Wien, Preshburg usw. hinausgewachsen, sie beherrscht heute auch im Fabrikviertel Zehlendorfs das Bild. Untersucht man ihre inneren Verbindungen, dann stößt man wieder auf Loewe, auf die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, auf die Knorr-Bremse usw., aber auch auf Metz und Genseit und Dr. P. Meyer AG. Diese beiden Unternehmungen — das eine sitzt in Schöneberg, das andere im Norden — beschäftigen Tausende von Berliner Arbeitern. Die Metz und Genseit AG. gehört zu jenen Gesellschaften, die in den jüngstvergangenen Jahren die Basis für mancherlei Finanztransaktionen abgegeben haben; heute gehört sie zum AEG-Konzern.

Zurzeit werden Aktiengesellschaften, ja ganze Konzerne, ebenso mit Zwischengewinnen und im Kettenhandel veramscht oder im Preise getrieben, wie Schmieröl oder ge-

Erobert die Presse!

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Anechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, an seiner Klasse! Die Presse ist heute das wirkksamste Mittel der Anechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und die Presse wird das wirkksamste Mittel der Befreiung sein. Wilhelm Liebknecht.

brauchte Küchenmöbel. Der alte Schering, kluger Unternehmer und königlicher Kommerzienrat, der im Oktober 1871 sein Geschäft in eine Aktiengesellschaft umwandelte, weil „die Anforderungen an die Produktionskraft meiner Fabrik eine solche Steigerung erfahren haben“ — Kriegslieferungen — hat sich im vorigen Jahre im Grabe herumgedreht. Aus der ehemaligen Apotheke war zwar seither ein Riesenkonzern geworden, aber plötzlich stellte sich heraus, daß ein großes Paket Schering-Aktien in den Händen der bekannten Bier-Spirituosengruppe Schultheiß-Pagenhofer-Kahlbaum-Ostwerke vereinigt war. Da die Chemie neuerdings mit den Spirituosen viel zu tun hat, mag sich mancher eingebildet haben, sachliche Interessen seien die Hauptursache jener Verbindung. Die Schering AG. wurde von Kahlbaum bald an die Oberschlesischen Koks- und Chemische Fabriken AG. im ganzen weiterverhandelt.

Das Jahr 1922 hat die deutschen Konzerne auch sonst ziemlich beweglich gemacht. Es sei nur an die Daimler Motoren AG. erinnert, die vor wenigen Monaten beschlossen hat, ihren Sitz nach Berlin zu verlegen. Dieser Schritt hängt vielleicht zusammen mit einer Entwicklung in der Automobilindustrie, die sich mit dem Namen Schapiro — Karosseriewerke Schebera in Tempelhof, Automobilhaus Schapiro, Benz u. Cie. und Redarfulmer AG. — verknüpft. Selbstverständlich ist auch dieser Automobilkonzern mit dem Eisenhandel und mit Montaninteressen verknüpft; man trifft auf Namen wie Otto Wolff und Phönix.

In die Reihe der Hundertmillionen-Unternehmungen gehört auch die Lorenz AG. Diese Kapitalmacht dehnte sich von Tempelhof aus in die drahtlose Telegraphie, in die Schiffsinstallation usw. aus. Heute hat sie sogar schon eine eigene Aktienverwaltungsgesellschaft, die ihre Beteiligungen über-

Die Telefunken-Gesellschaft (Gesellschaft für drahtlose Telegraphie G. m. b. H.) gehört zu den Gemeinschaftsunternehmungen der beiden Elektro-Großkonzerne AEG. und S. u. H., Sch. Von ihr aus laufen z. B. Fäden zur drahtlosen Uebersee-Verkehr-AG., der Rauen und Gellow gehören und die Elise auf 30 Jahre gepachtet hat.

Ein sehr interessantes Unternehmen ist die Deutsche Telephon- und Kabelwerke AG. Sie hieß vor einem halben Jahre noch AG. für Elektrizitätsanlagen und war eine der üblichen Verwaltungsgesellschaften von Elektrizitätsgesellschaften und Straßenbahnen, die den Elektro-Großkonzernen die Aufträge sichern. Vor einigen Monaten wurden zwei alt angesehene Fabrikationsunternehmungen, die Deutschen Telephonwerke G. m. b. H. und die Deutsche Kabelindustrie G. m. b. H. erworben und vereinigt. Jetzt ist die Firma geändert, ein neuer Konzern hat sich abgerundet.

Die Maschinenindustrie ist in Berlin durch gewaltige Mächte vertreten. So die Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG. die Schwarzkopffwerke, Borsig und manche andere. Einzelne dieser Gruppen beherrschen in Deutschland ganze Warengebiete. Um dafür nur ein Beispiel anzuführen, sei erwähnt, daß die Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG. im Dampfesselverband, Röhrenreinigungsverband, Wasserwertverband, Ausführerverband der Gasbehälterfabriken, Gaserzeugerverband, Apparatebauverband, Kompressoren-Auslandsverband und im Rahnfördermittelverband sitzt. Sie dienen sämtlich dem Zweck der Festlegung von Preisen und Lieferbedingungen.

Mit unferen summarischen Aufzählungen in Berlin sitzender Trustmächte ist deren Zahl nicht erschöpft. Das ist auch nicht wichtig. Entscheidend ist, daß sie zeigen, welche mächtige Wirtschaftskörper vorhanden sind. Dabei darf nicht vergessen werden, daß sie durch die bekannten deutschen Finanzierungs-institute alle mehr oder weniger versippt und verschwägert sind. In den „großen“ Aufsichtsräten treffen sich fast immer die gleichen Leute.

Werden diese Trusts mit Nüchternheit betrachtet, und das ist die erste Aufgabe ihrer Betrüger, dann verlieren sie die Hälfte ihrer imponanten Fassade. Man darf nicht glauben, daß sie resillos organisch, vernünftig und auf das feinste ausbalanciert aufgebaut sind; ebensowenig sitzen in den Aufsichtsräten ausschließlich Leute mit wirtschaftlichem Weitblick. Die Marktentwicklung der lehtvergangenen Jahre hat gerade in der Industrie die gegenseitige Wegnahme von Sachwerten, die kopflose Flucht vor dem Papiergeld häufig genug ins sinnlose gesteigert. Die Konzerne sind meist nach ausschließlich privat-egoistischen Gesichtspunkten und nicht allzu selten überhastet geschachtet, aufgetürmt und ausgebeutet worden. Mancher erinnert heute an einen aufgeblasenen Luftballon, den der Nadelstich umschlagender Konjunktur plötzlich zu einem Nichts zusammenschrumpfen lassen kann. Aber das sind alles Tatsachen zweiter Ordnung, vor allem anderen gilt, daß diese Anhäufungen industrieller Macht vorhanden sind und daß ihre Herrscher existieren.

Der Betriebsrat und im besonderen der Betriebsrat im Aufsichtsrat ist der Vorkämpfer des Gedankens der Gemeinwirtschaft, der allgemeinen Volkswirtschaft im Herzen des privatwirtschaftlich und privategoistisch geleiteten Kapitalinteresses. Hier soll er stehen und Raum gewinnen, hier ist er Vorposten, er schaut von hohem Turm aus in das Gewirr der kapitalistischen Wirtschaft. Das ist nicht mehr der alte Türmer, nur zum Schauen gestellt, er hat Erkenntnis zu gewinnen, Wahrheiten auszusprechen und die Bahn freizumachen für den Sozialismus. Wenn er statt dessen mit beschriebenen Papiertugeln, mit einstimmig anzunehmenden Resolutionen die Berliner Trusts und deren Brüder vernichten will, dann soll er in Dreiteufelsnamen davongejagt werden. Sozialismus erkämpfen heißt, alltags mit den Ellenbogen und mit dem Gehirn Platz schaffen. Geschieht das, dann werden die Betriebsräte den Trusts ebenbürtige, ja größere Macht gegenüberstellen helfen.

Industrie.

Von Roda Roda.

Wie anders war es doch in alter Zeit! Mit dieser Wehmut gedente ich noch heute eines traulichen Familienbildes. Es war am Vorabend der Hinrichtung unseres leigen Urgroßvaters. Großpapachen, damals noch ein gar rüstiger Herr, saß mit einem geschnittenen Hausstaplein auf dem Haupt, über der „Morgenzeitung“, Großmamachen las einen Roman von der Luise Mühlbach, Onkel Kaspar rauchte seine schwarzrotgoldene Pfeife, und Mutterchen — sie hatte sich kurz vorher verlobt — Mutterchen strickte ein Paar weiße Wintersocken für ihren Brautigam. — In der friedlichen Stunde aber kreiste die Lichtpulschere, und alle wetteiferten im Schmeuzen der anheimelnd flackernden Kerze.

Damals brannte man ja nur Talgkerzen. Seitdem sind viele, viele Jahre vergangen. Die Technik ist bis in die innerste Häuslichkeit gedrungen — man brennt heute Gas oder Elektrizität. Wir hatten in unsere alte Wohnung Gas einziehen lassen, aber Großmama wurde nie den Gedanken los, daß es nach Ziegenbod stinke. Elektrizität wieder, das kostet eine Menge Geld, wenn man doch nicht darauf eingerichtet ist, und man hört auch so viel von Kurzschlüssen.

Das las Großpapachen in der „Morgenzeitung“ von der Spektral-Multiplier-Biform-Lampe, und auch im Katerer Kalender war sie rühmend erwähnt — als etwas wirklich Bediegenes.

Zufällig sah ich bei Beer u. Co. im Schaufenster eine Multiplier-Biform brennen und fand das Licht ruhig und sehr hell.

Am nächsten Abend nahm ich meine Rätze mit. Wir sahen uns beide das Ding an. Sie konnte auch nicht viel dagegen einwenden — obwohl sie sonst gegen alles Einwände findet —, sie war nur mißtrauisch, weil die Lampe patentiert war. Aber es ist doch einfach töricht, eine Lampe, nur weil sie patentiert ist, für schlecht zu halten.

Wir besprachen also die Sache zu Hause. Großpapa, der sehr modern denkt — vielleicht am modernsten von uns allen —, Großpapachen war dafür, daß ich zu Beer u. Co. fragen gehen sollte: erstens, wieviel Petroleum die Lampe brauche, zweitens, wieviel sie koste, und drittens wegen ihrer Garantie auf ein Jahr. Aber schriftlich — das schärfte mir Großpapachen ein.

Bei Beer u. Co. traf ich einen Kommiss, einen sehr gefälligen jungen Mann. Er fragte mich, ob ich einen Spektral-Multiplier-Biform-Löscher haben wollte — oder eine Spektral-Multiplier-Biform-Lampe.

Ich sagte: eine Lampe. Er brachte sie herbei und zündete sie an. Und sprach:

„Unsere von allen europäischen Höfen und den höchsten Fürstlichkeiten durch lobende Anerkennungen ausgezeichnete Spektral-Multiplier-Biform-Lampe hat ihren Namen daher, daß ihre Flamme, wie Sie sehen, in Form eines griechischen Bi brennt. Man kann sie auf acht Kerzenhöfen einstellen — wie jetzt — für Gesellschaften bis zu fünf Personen; oder — so — auf neun Kerzen — für elf Personen, darunter auch Kinder; oder — durch diesen Hebeldruck — auf dreizehneinhalb Kerzen — für Hochzeiten und andere größere Räumlichkeiten. Die Tabelle dazu geben wir kostenlos bei. — Die Lampe wird mit Spektralöl gefüllt, und führen wir selbes gleichfalls. Das Spektralöl ist von uns erfunden und wird eigens für unsere wertigen Kunden erzeugt; es kostet zwar um fünf Kronen per Tonne mehr als das beste im Handel befindliche Petroleum, hat aber auch einen um 21,5 Proz. höheren Feingehalt an ölchemischen Bestandteilen. Die Multiplier-Biform verbraucht davon in einer englischen Stunde je nach der Kerzenstärke für dreizehn bis neunzehn Hundertstel Heller, wodurch sich zwar das Alter Spektralöl in der Anschaffung ein-für allemal etwas höher stellt, jedoch im Gebrauche wesentliche Ersparnisse im Gefolge hat. Hierfür garantieren wir, und legen wir die Tabelle hierzu gleichfalls kostenlos bei. — Die Lampe selbst berechnen wir Ihnen äußerst mit 23 Kronen 70 Heller netto, ab hier, und hasten wir schriftlich bis zur Ueberstellung ins Haus.“

Also kaufte ich eine Lampe samt allen notwendigen Nebenbestandteilen.

„Wünschen Sie auch einen Spektral-Multiplier-Biform-Dreh-schäher? — Nein? — Über einen Spektral-Multiplier-Biform-Löscher empfehle ich Ihnen unbedingt.“

„Nein“, sagte ich, „wozu brauche ich einen Spektral-Multiplier-Biform-Löscher?“

„Na, Sie werden schon sehen.“

Am dritten Abend sahen wir wieder gemächlich beisammen — Großpapa mit seiner „Morgenzeitung“ und Onkel Kaspar mit seiner Pfeife — da sprach meine Rätze:

„Sieh nur, die Lampe geht aus.“

Ich rüttelte sie — sie war gefüllt. Ich holte die Tabelle, stellte die Lampe auf sechs Personen und drei Kinder ein — sie blakte.

„Wiesicht ist das Multiplier zu stark erhöht“, sagte Onkel Kaspar — und ich tat ein anderes Multiplier in die Biform. — Aus der Lampe hörte man es jorrip brausen, und die Flamme fuhr wie eine Schlange aus dem Zylinder.

„Am besten wäre, die Lampe auszulöschen.“

„Ja, ja, löschen wir sie aus!“

Und ich blies Anfangs ich allein. Dann Onkel Kaspar, Rätze und sämtliche Kinder. Wir lilsen zuerst umgerückt und dann auf Kommande. Der Gouvernanten flog der Puder vom Gesicht und ein Jopj aus der Frisur — die Lampe brannte.

Da sah man, wie das Multiplier ansing, von obenher langsam in Rotglut überzugehen. Immer tiefer und tiefer. Jetzt und jetzt mußte die Rätze den Lampenkörper erreichen.

Und da — erfolgte ein unbeschreiblicher Knack.

Ich habe jene berühmte Reskelexplosion des Donaudampfers „Kobeght“ im Hafen von Preshburg mitgemacht, wo der zweite Mahjnist hoch in die Luft flog und die Kunde von dem erschütternden Ereignis als erster nach Brud an der Beltha brachte. Aber ich muß sagen, ich habe zwischen den beiden Explosionen keinen Unterschied bemerkt. Onkel Kaspar wieder, der damals in Preshburg sein Gehör verlor, fand den Knall der Spektral-Multiplier-Biform-Lampe um eine Nuance lauter.

Unsere Fenster waren auf die Gasse geflogen, und eine Rauchwolke wälzte gen Himmel. . . In der „Morgenzeitung“ stand später, die Rauchwolke wäre fünfzehn Stockwerke hoch gewesen — doch das halte ich für etwas übertrieben. Es brannte der Schreibtisch, es brannte das Fußende von Großpapachens Bett und die marmorne Säule unter unserer gläsernen Probebüße von Dante.

Wir alle saßen noch betäubt — unfähig, uns zu rühren.

Da hörte man's unten rassen und klagen; die Feuerwehr.

Und eine Bassstimme vor der Tür: „Ist ein Spektral-Multiplier-Biform-Brand — oder ein anderer?“

„Eine Biform —“

„Na, dann heißt's nicht viel.“

Hierin trat ein Feuerwehrmann mit einem niedlichen polierten Apparat und richtete einen dünnen Strahl auf die Brandstellen. — Im Nu war alles gelöscht.

Dem Feuerwehrmann auf dem Fuße aber folgte der Kommiss von Beer u. Co. und sprach:

„Sie haben hier soeben den ausgezeichneten Spektral-Multiplier-Biform-Löscher in Tätigkeit gesehen, und dürfte derselbe Ihr sehr geschätztes Wohlgefallen gefunden haben. Wir erzeugen solchen in zwei Größen: a) für eine bis drei Spektral-Multiplier-Biform-Lampen — b) in größerer Ausführung für vier und mehr Lampen.“

„Um Himmelswillen!“ rief ich, „Sind denn eure Lampen geradezu aus Explosivstoffen eingerichtet?“

Der junge Mann lächelte. „In höflicher Beantwortung Ihrer geschätzten Anfrage“, sagte er, „erlauben wir uns, Ihnen ergehen mitzutteilen, daß der Hauptartikel unseres mit dreieinhalbzig Pfälzen in sämtlichen Ländern und Königreichen vertretenen Welthauses unsere großartigen Spektral-Multiplier-Biform-Löscher sind. Nur um unferen ausgezeichneten amerikanischen Multiplier-Biform-Löschern eine weitere Verbreitung zu sichern, erzeugen wir unsere Spektral-Multiplier-Biform-Lampen, und geben wir selbe an Interessenten zum halben Selbstkostenpreise ab.“

Aus: „Das Esels Rinnbäcken“ von Roda Roda Verlag Paul Stegmann, Hannover.

Wer zahlt in Deutschland Steuern?

Trotz der hohen Steuertarife ist die Belastung des Besitzes in Deutschland im Verhältnis zur Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger zu gering. Die Statistik der Steuereingänge zeigt, wie gewaltig die Steuerleistungen der Lohn- und Gehaltsempfänger die Steuerleistungen der Besitzenden überlegen. In diesen Tagen erst hat die Regierung festgestellt, daß der Anteil der Lohnsteuer am Aufkommen der Einkommensteuer im März 96 Proz. beträgt. Genauere Zahlen über das Aufkommen an Einkommensteuer im Monat März liegen noch nicht vor. Ueber das Verhältnis von Lohnsteuer und Veranlagungssteuer in den Vormonaten unterrichtet folgende Tabelle:

Monat	Gesamtaufkommen an Einkommensteuer	Darvon sind abgezogen durch den Steuerabzug	Anteil des Steuerabzuges am Gesamtaufkommen
April-Juni 1923	26 548 749 101	19 228 593 224	56,17 v. H.
August	9 932 718 876	5 674 702 740	57,13 "
September	13 851 471 785	8 078 953 320	58,33 "
Oktober	21 891 554 429	15 757 416 158	71,97 "
November	29 118 992 065	22 071 989 117	75,79 "
Dezember	48 053 489 781	39 505 995 983	82,19 "
Januar 1923	94 498 617 643	84 000 000 000	90 "
Februar	108 825 031 898	97 218 980 405	94,22 "

Wesentlich trägt ist das Mißverhältnis zwischen dem Ertrag der Besitzenden und den Steuern, die durch die Lohnsteuer und durch die den Massenverbrauch belastenden indirekten Steuern aufgebracht werden. Von 100 M. Reichseinkommen fließen 90 M. in die Reichskasse durch den Lohnabzug und die Massenbelastung und nur 10 M. durch die Besitzbelastung. Wie diese Verhältnisse durch das Geldentwertungsgesetz im einzelnen verändert werden, läßt sich heute noch nicht zahlenmäßig feststellen. Eins aber ist heute schon klar, daß infolge der viel zu niedrigen Bewertung alles Sachbesitzes in den Steuergesetzen auch bei genauerer Durchführung dieses Gesetzes die Besitzenden in Deutschland immer noch viel zu wenig Steuern im Verhältnis zu den Lohn- und Gehaltsempfängern bezahlen werden. Und es ist zu befürchten, daß die etwas schwierigen Bestimmungen des Geldentwertungsgesetzes vielen nur einen willkommenen Vorwand liefern werden, um sich einer richtigen Veranlagung oder gar der Steuerleistung überhaupt zu entziehen.

Diese soziale Ungerechtigkeit erregt im Ausland lebhaften Mißstimmung. Die Tatsache, daß in England 600 Millionen Pfund Sterling Einkommensteuer von zwei Millionen Steuerpflichtigen gezahlt werden, während 38 Millionen Einwohner überhaupt einkommensteuerfrei sind, steht im vollsten Gegensatz zu den deutschen Steuerverhältnissen. Solange diese schreiende soziale Ungerechtigkeit in Deutschland fortbesteht, wird auch eine endgültige Lösung des Reparationsproblems lebhaften Widerständen im Ausland begegnen. Die deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger aber können diese Ungerechtigkeit nicht auf die Dauer ertragen. Wenn die deutsche Steuerpolitik wie bisher den Bogen überspannt, könnte die Folge sehr leicht eine Katastrophe der deutschen Steuerwirtschaft werden.

Großindustrie und Reichsbahn.

Wie die Schwerindustrie die Tarife verteuert.

Jedesmal, wenn die Warenpreise steigen, werden in einem Atem der Dollar, die „hohen“ Gütertarife und die „hohen“ Löhne für den Preisaufschlag verantwortlich gemacht. Daß der Dollar einen starken, wenn auch meist bewußt und absichtlich übertriebenen Einfluß auf die Warenpreise ausübt, soll nicht bestritten werden. Wie steht es aber um Eisenbahntarife und Löhne?

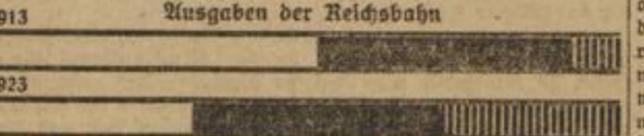
Zunächst muß bestritten werden, daß die Eisenbahntarife im Verhältnis zu den Warenpreisen und besonders im Verhältnis zu den im Warenhandel und in der Warenproduktion erzielten Profiten zu hoch sind.

Ueber den Anteil der Löhne an den Tarifen aber geben die Ziffern des Reichshaushalts der Eisenbahn lehrreichen Aufschluß. Sie zeigen, daß die Löhne weit hinter denen der Vorkriegszeit zurückgeblieben sind. Gleichzeitig aber haben sich die Sachkosten des Eisenbahnbetriebes, insbesondere die Aufwendungen für Kohle, Eisen und Stahl, Holz, gegenüber dem Vorkriegsstand ganz enorm erhöht.

Von den Ausgaben der Reichsbahn entfielen auf

Jahr	persönliche	sachliche	darunter Kohle
1913	50,7 Proz.	49,3 Proz.	7,5 Proz.
1923	20,7	79,3	26,5

Bildhaft stellen sich diese Zahlenverhältnisse, wenn man die persönlichen Ausgaben mit einem umgrenzten weißen Felde, die sachlichen schwarz und dann die Ausgaben für Kohle schwarz und weiß schraffiert bezeichnet, folgendermaßen dar:



Man beachte: Eine vermehrte Belegschaft muß jetzt arbeiten, um den Aufgaben des Eisenbahnbetriebes gerecht zu werden. Trotzdem ist der Anteil der Lohnkosten, der persönlichen Ausgaben für Eisenbahnarbeiter und -beamte um zwei Fünftel zurückgegangen! Dieser Rückgang tritt dem einzelnen in einer gewaltigen Einschränkung des Verbrauchs ins Bewußtsein.

Dagegen hat die syndizierte Großindustrie, darunter insbesondere die Schwerindustrie, durch ihre Monopolpreispolitik alles getan, um die Kosten des Eisenbahnbetriebes und damit die Tarife zu steigern.

So erhöht sich der Anteil der Sachkosten im Eisenbahnbetrieb von 49,3 auf 79 Proz., die Ausgaben für Kohle allein wuchsen von 7,5 auf 26,5 Proz. der Gesamtausgaben an, also auf das Dreieinhalbfache. Selbstverständlich bietet die Kohlensteuer keine Erklärung für ein derart rapides Steigen des Kohlenanteiles an den Betriebskosten der Reichsbahn!

Dieselbe Industrie, die unangesehnt über die hohen Gütertarife lächelt, ist es also, die den Eisenbahnbetrieb so gewaltig verteuert. Sie klagt auch oft über die angeblich zu hohen Löhne. Nun, die Statistik zeigt, daß der Anteil des Lohnes an den Gütertarifen in demselben Maße zurückgegangen ist, wie die Preisforderungen der Industrie stiegen. Der Lohn ist bei der Reichsbahn nur von geringem Einfluß auf den Preis, der für Personen- und Güterbeförderung bezahlt wird.

Nicht anders ist es bei den übrigen Warenpreisen. Hier ist der Anteil des Lohnes an der Ware ebenfalls wesentlich gesunken. Nur hat die Privatindustrie die Möglichkeit, mit den vermögenden Bilanzkunden diesen Sachverhalt zu verschleiern. Die Reichsbahn als gemeinwirtschaftlicher Betrieb kann es nicht.

Die Not des deutschen Arbeiters.

Die deutsche Arbeiterschaft lebt schon so lange unter außerordentlich gedrückt wirtschastlichen Verhältnissen, daß die Größe ihrer Verelendung ihr nicht mehr richtig zum Bewußtsein kommt. Die Erkenntnis ihres Elends verschwindet, je mehr die Erinnerung an die Lebenshaltung in der Vorkriegszeit erlischt. Der sicherste Maßstab, um feststellen zu können, wie tief die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesunken ist, ist der Vergleich mit der Lage der Arbeiterschaft in anderen Ländern. Die Schweizer wirtschastliche Monatschrift „Die Kurve“ hat darüber Material veröffentlicht, das die deutsche Arbeiterschaft auf dem Niveau der Lebenshaltung der chinesischen Kulis zeigt. Sie zieht aus ihren Feststellungen folgende Schlussfolgerung:

„Die deutsche Lebenshaltung steht heute weit unter dem — und dies bei ganz anderen klimatischen Bedingungen — was ein armer Bauer in den Abruzzen zu sich nimmt.“

Der deutsche Arbeiter kann nach diesen Feststellungen höchstens die Hälfte von dem verzehren, was er früher für seinen Unterhalt gebraucht. Seine Kleidung ist herabgekommen, die Erwerbseinkünfte fast unmöglich, seine Wohnungsverhältnisse haben sich verschlechtert, die Beschaffung von Wohnungseinrichtungen für junge Arbeiterpaare ist fast völlig unmöglich geworden. In dieser Not der deutschen Arbeiter liegen die stärksten Triebkräfte für die sozialistische Bewegung in Deutschland; denn die soziale Lage der Arbeiterschaft ist der Ausgangspunkt, von dem alle Kritik des Kapitalismus ausgeht. Der starke Wille, diese Notlage zu ändern, steht hinter allem politischen Handeln der Sozialdemokratie.

Die Notlage des deutschen Arbeiters aber ist nicht nur ein innerdeutsches Problem. Die geringe Entlohnung der deutschen Arbeiter ängstigt die Arbeiterschaft in allen anderen Ländern. Sie fürchtet durch die deutsche Hungerkonkurrenz auf ein ähnlich tiefes Niveau der Lebenshaltung gedrückt zu werden. Bei der Verflechtung der Weltwirtschaft im hochentwickeltesten Kapitalismus läßt sich ein großes Kulturvolk nicht auf das Lebenshaltungs-niveau chinesischer Kulis herabdrücken, ohne daß die arbeitenden Klassen in allen anderen Ländern darunter leiden.

Arbeitsgemeinschaft und Gewerkschaften.

Von Dr. Theodor Cassau.

Wenn auch die Arbeitsgemeinschaft von ihren Befürwortern durchaus nicht überschätzt wird, so wird sie von ihren Gegnern doch zum Mittelpunkt so zahlreicher Angriffe gemacht, daß es sich schon lohnte, zu prüfen, welche Rolle sie eigentlich in unserem sozialpolitischen öffentlichen Leben und welchen Einfluß sie auf die gewerkschaftliche Arbeit ausübt.

Am Anfang der Geschichte des Arbeiterverhältnisses steht die einseitige Festlegung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber. Streiks und andere Kampfmaßnahmen hatten später direkte und indirekte Rücksichtnahme auf die Wünsche der Arbeiterschaft zur Folge, doch erst durch die Tarifverträge, die in Deutschland mit dem Erstarken der Gewerkschaften um die Jahrhundertwende eine Rolle zu spielen beginnen, kam eine paritätische Festlegung der Arbeitsbedingungen zustande, die die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anerkannte.

Die Revolution brachte die theoretische Anerkennung: die Wirtschaft ist nicht Sache der einzelnen Unternehmer, sondern Sache des gesamten Volkes, und die Arbeiterschaft ist in derselben Weise anzuhören und hat mitzubestimmen wie die Unternehmer. In der Praxis beschränkt sich diese Anerkennung auf die Beteiligung von Arbeitern bei der Einsetzung von Selbstverwaltungskörpern, Gutachterausschüssen und Ähnlichem. Von einem freiwilligen Zusammenarbeiten an der Regelung der Wirtschaft war, vielleicht von einigen Angliederungen der ersten Wochen abgesehen, auch nicht das Geringste zu spüren. Das einzige positive Ergebnis der Zentralarbeitsgemeinschaft, der Arbeitsgemeinschaft, hat gerade mit dieser Auffassung nichts zu tun. Die Vereinbarung der arbeitsständigen Arbeitszeit durch die Spitzenorganisationen stellt vielmehr in jeder Beziehung eine Fortbildung des Tarifvertragsgedankens dar, bedeutet einen Gesamtvertrag für die deutsche Industrie, der die Arbeitszeit regelt. Die Zentralarbeitsgemeinschaft bildet einen Diskussionsrahmen für Unterhaltungen, die bereits reichlich auf anderer Grundlage geführt werden, und, soweit das nicht geschieht, jederzeit geführt werden könnten, z. B. Reichswirtschaftsrat. An praktischer Tätigkeit hat sie weiter nichts aufzuweisen als die Verwaltung des Verteilungsschiffes für die Selbstverwaltungskörper, also eine ähnliche Tätigkeit wie sie das Kartell der Konsumentenorganisationen für denselben Zweck im kleinen Rahmen ausübt.

Der Name „Arbeitsgemeinschaft“ trat zum ersten Male während des Krieges in Erscheinung, als Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sich zusammenschlossen, um Arbeit zu beschaffen, d. h. öffentliche Aufträge zur Befriedigung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Die Aufgaben haben inzwischen gewechselt, dem Weien nach ist aber andere arbeitsgemeinschaftliche Arbeit nicht geleistet worden. Die Unternehmer befinnen sich stets dann auf das gemeinsame Arbeiten, wenn sie glauben, durch die Mitwirkung der Arbeitnehmer ihr Ziel leichter erreichen zu können und lehnen, von Mitwirkung gar nicht zu reden, jeden Einbild sogar in das Getriebe der Industrie unbedingt ab.

Was ergibt sich daraus für die Arbeiterschaft? Die deutsche Sozialpolitik ist zum erheblichen Teil Anknüpfung an die Vorkriegszeit vor der wachsenden sozialistischen Bewegung hat man in den 30er Jahren Konzessionen gemacht, um die rote Flut einzudämmen, und aus Furcht vor dem Bolschewismus hat man im Winter 1918/19 das gleiche getan, um das deutsche Wirtschaftsleben zu erhalten. Infolgedessen weiß der gewerkschaftlich gesuchte Arbeiter, daß für die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Regelung der wirtschastlichen Beziehungen nie die Erkenntnis ihrer Notwendigkeit bestimmend sein wird, sondern ausschließlich die Macht der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen. Er sieht auch weiter, daß derartige Zusammenarbeiten den Keim des Verfallens in sich trägt.

Wer die Dinge so ansieht, muß zu der Auffassung kommen, daß die Frage „Arbeitsgemeinschaft oder nicht“ eine untergeordnete ist und daß es in Wirklichkeit nur auf zwei Dinge ankommt: starke Organisationen und Durchsichtigmachen der Wirtschaft. Wie jeder Tarifkämpfer trotz Verbindlichkeitsklärung usw. nur so lange zu halten ist, als eine starke Gewerkschaftsorganisation ihn erzwingt, so ist auch ein Mitwirken der Arbeiterschaft in der Wirtschaftspolitik nur möglich auf der Grundlage starker Organisationen, die auch die Arbeitgeber berücksichtigen müssen. Wie jede erfolgreiche Lohnpolitik auf einer erfahrenen Taktik basiert und jeder Dilettant im Lohnkampf mit „Kampf auf der ganzen Linie“ und Ähnlichem Sdzerzen nur Unfug anrichtet, so kann auch die wirtschastspolitische Tätigkeit der

Gewerkschaften und der Arbeiterschaft nur auf wirtschastspolitischer Erfahrung und Schulung sich gründen. Die Kenntnis der Vertriebsmethode ist dabei nur ein und nicht einmal der wesentliche Faktor. Die allgemeinen volkswirtschastlichen und vor allem auch privatwirtschastlichen Kenntnisse sind viel wichtiger, insbesondere Buchhaltung, Kalkulation, Einkaufs- und Vertriebsorganisation.

Nun sind das Dinge, um die sich die Arbeiterschaft bis vor wenigen Jahren noch kaum gekümmert hat. Diese Verhältnisse muß sie jetzt nachholen, und besonders dafür sorgen, daß ihr Nachwuchs in dieser Richtung entsprechend geschult wird. Wenn das geschieht, dann sind Aussichten vorhanden, daß wir von der paritätischen Regelung des Arbeitsverhältnisses zu einer paritätischen Regelung der Wirtschaft kommen.

Der beste Jugendschutz.

Die Gewerbeordnung enthält Bestimmungen zugunsten der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, die teilweise veraltet und unzulänglich sind. Seit geraumer Zeit werden deshalb neue gesetzliche Bestimmungen vorbereitet, deren Ausfall jedoch um so unbedeutender sein wird, je länger er sich noch hinzieht. Doch selbst die denkbar günstigsten Schutzbestimmungen sind praktisch wertlos, wenn sich niemand um ihre Durchführung kümmert. Die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter samt ihren Eltern kennen oft die geltenden Bestimmungen nicht einmal. Die Jugendlichen selber können aber selbst dann direkt nichts oder nur wenig dazu tun, daß sie beachtet und gehörig befolgt werden.

Wer kümmerte sich früher um die Lehrlinge und die jugendlichen Arbeiter. Meister und Gesellen waren in ihrer Freizeit geprägt und drangsalariert worden und hielten sich verpflichtet, nun auch die ihnen unterstehenden Lehrlinge zu prügeln. Das gehörte zum Handwerk, das war der Lehrlingschutz. Die Gewerkschaften ermahnten dann wohl gelegentlich ihre Mitglieder, die Jugendlichen menschlich zu behandeln, in ihnen den künftigen Rivale zu sehen, im übrigen aber konnten sie sich nicht um die Jugendlichen kümmern. Einmal, weil sie mit sich selber, mit der Heranziehung und Aufzucht neuer Mitglieder und den Kämpfen um günstigere Arbeitsbedingungen genug zu tun hatten, weiter aber, weil es die Polizei nicht erlaubte, die die Gewerkschaften als politische Vereine behandelte, denen Jugendliche nicht angehören durften.

Das ist glücklicherweise anders geworden! Auch die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen haben jetzt das Recht, sich den Berufsverbänden anzuschließen. Die Innungen, d. h. die ihnen angehörenden Lehrlingsmeister sind zwar bemüht, den Lehrlingen den Zutritt an ihre Gewerkschaft zu verbieten, allein die Eltern dürfen sich solche Beschränkungen in den Lehrverträgen nicht gefallen lassen. Die Gewerkschaften sind mehr und mehr dazu übergegangen, Lehrlings- oder Jugendabteilungen zu bilden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unterhält ein Jugendsekretariat und beruft von Zeit zu Zeit gewerkschaftliche Jugendkonferenzen ein, um seine Ortsauschüsse anzuhelfen, die wirtschastlichen Interessen der Jugendlichen in jeder Weise zu wahren. Einzelne Verbände geben vorzügliche Jugendbeilagen zu ihren Verbandsorganen heraus und lassen sich auch sonst den Schutz und die Aufzucht der Jugend recht angelegen sein. Größere Organisationen, wie z. B. die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, haben einen besonderen Jugendsekretär angestellt, der sich ausschließlich der Sache der Jugendlichen unter ihrer Mitwirkung zu widmen hat.

Notwendig ist natürlich, die alljährlich neu in das Erwerbsleben eingetretenen Schulklassen den Jugendabteilungen der Gewerkschaften und der Innungen, hier insbesondere dem Zentralverbande der Angestellten, zuzuführen. Vor allem muß von den gewerkschaftlichen und politischen organisierten Eltern erwartet werden, daß sie ihre Söhne und Töchter den zuständigen Jugend- oder Lehrlingsabteilungen zuführen. Nur dann sind die Gewerkschaften in der Lage, ihre Einrichtungen auszubauen, den Jugendlichen hinsichtlich ihrer sachlichen, körperlichen und geistigen Ausbildung etwas zu bieten, sich ihrer Beschwerden im Arbeitsverhältnis anzunehmen, diese nachsprühen und abzustellen.

Sobald der Lehrvertrag abgeschlossen oder das Arbeitsverhältnis aufgenommen ist, muß gleich der Anmeldung zur Krankenkasse auch die Anmeldung beim Verbandsamt erfolgen. Auch die Arbeiter-Jugend-Organisation darf nicht übersehen werden. Des alles sollte für die Arbeiter- und Angehörten-Eltern heute selbstverständlich sein. Sie müssen mithelfen, indem sie den Zutritt herstellen. Dann haben sie ihrer Pflicht, zum Jugendschutz beizutragen, genügt, dann bieten die Gewerkschaften den besten Jugendschutz.

Lohn und Leistung.

Ueber diese vielumstrittene Frage veröffentlicht die „Soziale Bauwirtschaft“, das Organ des Verbandes sozialer Baubetriebe, in seiner Nummer vom 15. April eine interessante Untersuchung. Anknüpfend an ein Preisauschreiben der „Frankfurter Zeitung“ wird dort festgestellt, wie sich das Verhältnis von Lohn und Arbeitsleistung beim Wohnungsbau vom Juli 1914 bis 1. März 1923 verhalten hat.

Die Untersuchung stellt zunächst fest, daß der Vergleich der Arbeitsleistung von 1914 mit der von 1923 nur schwer zu machen ist und zwar aus einer Reihe von Ursachen, von denen wir die wichtigsten hier wiedergeben: Knappheit der Baustoffe, die ein ständiges Umlagern der Arbeit auf der Baustelle erforderte; Rückgang der Qualität der Baustoffe um 10 bis 20 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit; Umstellung des Wohnhausbaues vom Großhaus zum Kleinhaus; Stoßweise auf den Baumarkt gebrachte Aufträge und ebenso plötzlich einsetzende Arbeitslosigkeit; schließlich die infolge der Marktentwertung notwendigen kurzfristigen Lohnverhandlungen mit der unvermeidlichen Ausfüllung von Unruhe und Unzufriedenheit in den Reihen der Arbeiter. Am stärksten ist die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt worden durch die Entwertung der Reallohne.

Die Untersuchung hat nun ergeben, daß trotz dieser die Arbeitsleistung im ungünstigen Sinne beeinflussenden Umstände der Zeitaufwand für den Bau einer Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche von 2400 Arbeitsstunden im Jahre 1914 am 1. März 1923 nur auf 2700 Arbeitsstunden gestiegen war. Die Arbeitsleistung ist also um rund 12 Proz. gesunken.

Die Lohnkosten für eine Kleinwohnung, die den Bauherrn und die Allgemeinheit in erster Linie interessieren, sind aber trotz geringerer Arbeitsleistung von 1923 Goldmark auf 750 Goldmark gefallen. Die Lohnkosten betragen demnach heute nur die Hälfte der Friedenskosten.

Wir fassen zusammen: Die durchschnittliche Leistung des Bauarbeiters ist heute etwa 12 Proz. geringer als im Jahre 1914. Die nur um 12 Proz. gesunkene Arbeitsleistung muß der Bauarbeiter aber für einen Preis (Lohn) verkaufen, der um 66 Proz. niedriger ist als im Frieden. Dem Verlangen nach Absenkung der Preise hat der Bauarbeiter in einem volkswirtschastlich nicht mehr zu rechtfertigendem Maße nachgeben müssen. Die vom Bauarbeiter in einer Kleinwohnung hineingesteckte Arbeitskraft verkauft er nicht zu dem Friedenspreise von 1522 Goldmark, sondern zu dem Preise von 750 Goldmark.

Aus diesen Feststellungen geht mit Deutlichkeit hervor, was von dem Gerede zu halten ist, wonach die Löhne die Preise in die Höhe trieben. In Wirklichkeit — und zu diesem Schluß kommt auch die Untersuchung des Verbandes Sozialer Baubetriebe — ist eine Steigerung der Arbeitsleistung und eine Verbilligung der Produktion nur möglich, wenn die Löhne erhöht werden.

Ein Wort an die Arbeiterinnen.

Von Gertrud Hanna.

Ein schlimmes Unglück als der Tod der liebsten Menschen ist — die Not! Sie läßt nicht sterben und nicht leben, sie streift des Lebens Blüte ab; streift, was uns Liebliches gegeben, vom Herzen und Gemüte ab.

Dieser Ausspruch von Friedrich Bodenstedt muß dahin erweitert werden, daß die Not nicht nur Herz und Gemüt der Menschen ungünstig beeinflusst, sondern auch ihren Blick trübt und sie alles im falschen Licht erscheinen läßt und ungerecht macht. Wer von uns hat hierfür in den letzten acht Jahren der Kriegsnot und der Not der Nachkriegszeit, die eine Folge des Ausgangs des Krieges ist, nicht Beweise zum Ueberflusse erhalten. Der Vergleich der fürchterlichen Not der Gegenwart mit der Lebenshaltung der Vorkriegszeit, die Unsicherheit der Existenz der unbemittelten, auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerung heute im Vergleich zu der Lebenshaltung und den Zukunftsaussichten in der Vorkriegszeit, muß natürlich zu Gunsten der Vorkriegszeit ausfallen und den Ausruf berechtigt erscheinen lassen: früher war es besser! Heute zittern die Menschen bei dem Gedanken an die steigenden Preise für die notwendigsten Lebensmittel, Verzweiflung bemächtigt sich derjenigen, die Ersatz für verbrauchte Kleidung, Wäsche und Wirtschaftsgüter nötig haben und trotz alles Fleißes und größter Sparsamkeit sehen müssen, wie diese ersetzten Gegenstände ihnen gewissermaßen immer weiter aus dem Kreise des Erreichbaren verschwinden.

Jahrelang konnten die Menschen, die immer schon aus der Hand in den Mund gelebt haben, nichts anschaffen. Nachdem endlich der lange Krieg beendet war, hofften sie auf Besserung und lebten förmlich auf bei dem Gedanken, daß nun für ihr Streben auf Schaffung einer einigermaßen behaglichen Existenz durch Arbeit und Zusammenhalten in zweckmäßigem Wertes des mühsam Erworbenen der Weg frei war.

Die Hoffnungen auf Besserung nach Beendigung des Krieges haben sich nicht erfüllt. Die Ergebnisse seit Beendigung des Krieges waren für die Mehrzahl der Menschen eine so große Enttäuschung, daß sie bitter und ungerecht geworden sind und unfähig, die Ursachen für das Erlebte zu erkennen und was in ihren Kräften steht, beizutragen, die traurigen Zustände zu bessern.

Bei ruhiger, verstandesmäßiger Ueberlegung sollte es zwar nicht allzu schwer fallen, einzusehen, daß nach einem so langen, in unsere Wirtschaft und in unsere Lebensbedingungen so einschneidendem Kriege, der bis zum Weißbluten geführt worden ist, und vor allen Dingen nach dem Ausgange des Krieges für das deutsche Volk auf Jahrzehnte hinaus eine schwerere Zeit selbstverständlich ist, als wir sie vor dem Kriege kennen gelernt haben.

Leider werden über der bitteren Not der Zeit diese Ursachen allzusehr vergessen. Zu den vielen erbitterten und uninformierten Menschen gehört aber leider der größte Teil der Arbeiterinnen. Diese lassen sich durch ihren schweren Kampf ums Leben in einer Weise beeinflussen, die für die Arbeiterinnen selbst und für die Gesamtheit der beschäftigten Bevölkerung im höchsten Maße gefährliche Folgen zeitigen muß.

In ihrer begrifflichen Verbitterung über den trotz aller Lohnbewegungen immer schwerer werdenden Daseinskampf geben sie die Schuld dafür zunächst denjenigen Körperschaften, die nach ihrer Ansicht die Lohnbewegungen nicht mit der genügenden Energie und Umsicht führen: den Gewerkschaften. Wenn diese nun gar noch zu Beitragserhöhungen schreiten müssen, so ist das häufig genug ein Grund zum Austritt aus dem Verbande. Die Versammlungen werden heute lange nicht mehr so zahlreich besucht, wie dies eine Zeitslang der Fall war, ja, ein Teil der Frauen bleibt selbst den noch immer am besten besuchten Versammlungen, in denen über die Lohnfrage verhandelt wird, fern mit der Begründung: „Wir erfahren ja morgen doch, was wir kriegen!“ Sie übersehen dabei, daß das „was wir kriegen“, nämlich das, was die Unternehmer den Verhandlern zugestehen, wesentlich beeinflusst wird von der Macht, die hinter den verhandelnden Vertreter der Organisation steht. Ist auch nur ein nennenswerter Teil der in den Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte nicht gewillt, sich mit ihrer Person für die aufgestellten Forderungen einzusetzen, dann ist ein Entgegenkommen seitens der Unternehmer nicht zu erwarten. Die Arbeitskräfte, die da glauben, im Zeitalter der Tarifverträge und der einlagbaren Lohnaufbesserungen auch für unorganisierte durch Verbindlichkeitsklärung der Tarife kann man getrost die Beiträge für die Organisation sparen, man bekommt die Lohnhöhe ja doch — sind sehr im Irrtum. Nicht die verhandelnden Personen garantieren Lohn erhöhungen, sondern die Macht der hinter ihnen stehenden Mitglieder. Das sollte eigentlich zur Genüge hervorgehen aus den traurigen Lohnbedingungen für die Arbeitskräfte, die in ihrer großen Mehrheit auch heute noch unorganisiert sind: die Heimarbeiterinnen. Verhandlungen finden sich auch für sie, aber sie richten nicht viel aus, weil die Heimarbeiterinnen keinen organisierten Willen zum Ausdruck bringen können. Die Unternehmer wissen ganz genau, wie die Organisation der in ihren Betrieben tätigen Arbeitskräfte bestellt ist, und sie sind in der Regel auch über den Versammlungsbesuch sehr genau informiert.

Und haben die Arbeiterinnen in den Betrieben nicht Ursache genug, bemüht zu sein, das gerade sie sich um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen bemühen? Fast ausnahmslos erhalten sie im günstigsten Falle nur 60 bis 70 Proz. der Löhne der Männer. Bei den immer teurer werdenden Gegenständen des täglichen Bedarfs, besonders für Kleidung, Schuhwerk und Wirtschaftsgüter ist die Differenz zwischen dem Einkommen und dem Lebensbedarf für die Frauen noch größer geworden als für die Männer. Die Arbeiterinnen, die ihren Lebensunterhalt aus eigenem Arbeitsverdienst bestreiten müssen, leben heute nicht mehr in dem Maße billiger als die Männer, wie dies früher häufig der Fall war. Aber bei der Festlegung der Lohnhöhe wird darauf keine Rücksicht genommen. Das ist in erster Linie Schuld der Frauen, weil sie nicht genügend Sorge tragen, daß die Verringerung des Unterschiedes zwischen dem Lebensbedarf der Männer und der Frauen in der Lohnpolitik beachtet wird.

Der zur Verfügung stehende Raum gestattet leider nicht, näher einzugehen auf die Vorteile, die eine stärkere Beteiligung der Arbeiterinnen in den Betriebsräten für die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen bedeuten würde, und auf die Ursachen der Tatsache, daß die Mehrzahl der Betriebsräte im günstigsten Falle nur ein weibliches Mitglied zählt.

Wir müssen uns beschränken auf diese Feststellung und auf den Hinweis, daß auch hieran die Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Arbeiterinnen die Schuld trägt.

Die Grenzen der Gewerkschaftsmacht werden bestimmt von dem Willen der Gewerkschaftsmitglieder, aber auch von den Bedingungen, die für die Entwicklung der Wirtschaft eines Landes bestehen. Der deutschen Wirtschaft sind durch das Versäilte Friedensdiktat und durch seine Anwendung durch die Siegerstaaten enge Grenzen gezogen. Die Ruhraktion bietet hierfür den deutlichsten Beweis. Die Gewerkschaften sind deshalb allein nicht in der Lage, durch ihre Lohnpolitik den früheren Stand der Lebenshaltung der Arbeitererschaft herzustellen. Um dieser näher zu kommen, ist vor allen Dingen eine Erweiterung der Grenzen Voraussetzung, die heute der deutschen Wirtschaft gezogen sind. Heute verhindern das die Siegerstaaten aus Furcht, ein wirtschaftlich wiedererstarktes Deutschland könne auch wieder Kräfte entfallen zur Erreichung solcher Ziele, wie sie das kaiserliche Deutschland verfolgt hat: eine militärische Eroberung der halben Welt. Das gegenwärtige Deutschland bietet ihnen trotz seiner Staatsform, der Republik, nicht die genügende Garantie dafür, daß die in so brutaler Art deutlich gemachten Absichten der früheren Machthaber nicht mehr vorherrschend sind. Diese Eroberungsabsichten des kaiserlichen Deutschlands haben uns die ganze Welt zu Feinden gemacht, und sie haben den Willen erzeugt zur Niederhaltung Deutschlands, unter der unser Volk heute so schwer leidet und noch auf Jahre hin-

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

aus fürchtbar zu leiden haben wird. Wir müssen also büßen für die Sünden unserer früheren Regierung, und wir werden so lange schwer an dieser Schuld zu tragen haben, wie wir nicht einwandfrei beweisen können, daß die monarchische und auf Kevanche eingestellten Bevölkerungsschichten Deutschlands keine Aussicht haben, jemals wieder die Oberhand zu gewinnen.

Dieser Nachweis könnte leicht erbracht werden, wenn die der Arbeiterschaft angehörenden Männer und Frauen die Situation vollkommen und richtig erfaßt hätten, und wenn sie sich bewußt wären, welche Rolle gerade sie für die Befreiung Deutschlands von dem auf ihm lastenden Druck zu spielen imstande sind. Die Arbeiter und Arbeiterinnen brauchen sich nämlich nur der politischen Partei anzuschließen, die die beste Garantie gegen Wiederaufrichtung der Monarchie und Wiedererstarren des für uns so verderblich gewordenen Einflusses der früheren Machthaber bietet: der Sozialdemokratischen Partei. Das Zustand, von dem wir heute und in absehbarer Zukunft abhängig sind, steht in dem Erstarken der rechtsgerichteten Parteien eine Gefahr, gegen die es sich durch Maßnahmen schützen zu müssen glaubt, die uns alle schwer schädigen. Deshalb tragen bei uns alle Volksgenossen zu dieser Schädigung bei, die aus Unkenntnis oder aus Verzweiflung durch das: „früher war es besser“ veranlaßt werden, gerade diejenigen wieder zu Macht und Ansehen zu bringen, die die jetzigen traurigen Zustände verschuldet haben.

Und zu denen, die in dieser Weise wirken, zählen viele Arbeiterinnen. Sie haben schon bei den letzten Wahlen nicht mehr ihren Klagenoffen ihre Stimme gegeben, sondern entweder Vertreter bürgerlicher Parteien gewählt oder sie haben gar nicht gewählt. In einem Lande, wo alle erwachsenen Volksgenossen das Wahlrecht haben, tragen aber auch diejenigen an der Gestaltung der Verhältnisse bei, die ihr Wahlrecht nicht ausüben. Sie stärken auch auf diese Weise die Gegner ihrer Klasseninteressen.

Diese Klasseninteressen werden bei uns gewahrt und vertreten durch die Sozialdemokratische Partei und durch die Gewerkschaften. Beide Organisationsrichtungen bieten auch dem Auslande Garantie für das Verhalten Deutschlands gegenüber den ihm als Unterlegenen im Kriege auferlegten und von ihm anerkannten Verpflichtungen. Wer von uns, die wir der Arbeiterklasse angehören, die wir die Not und Leiden dieser Bevölkerungsschicht am eigenen Leibe kennen gelernt haben, sollte nicht mit allen den Mitteln und Kräften, die uns zur Verfügung stehen, dahin wirken, die Arbeiterorganisationen zu Macht und Einfluß zu bringen?

Das Ansehen und auch der nötige Einfluß wäre ohne weiteres gegeben, wenn auch alle Arbeiterinnen sich laufend unterrichten würden über die Vorgänge auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens und der Politik, und zwar durch die Arbeiterpresse! In einer Zeit, wo die Arbeiterinnen mit verantwortlich sind für die Gestaltung des Wirtschaftslebens und der politischen Verhältnisse durch ihre Stellung als Arbeiterinnen in Wirtschaft und als Wählerinnen, hat jede Arbeiterin auch die Verpflichtung, sich zu informieren, um sich eine eigene Meinung bilden zu können. Wir wären der Rechte, die uns die Republik gegeben hat, nicht würdig, wollten wir uns nicht bemühen, sie in einer Weise anzuwenden, die den Beweis dafür liefert, daß wir uns der Verantwortung bewußt sind, die wir gegenüber unserem eigenen Gewissen und gegenüber unseren Volksgenossen tragen.

Darum, Ihr Arbeiterinnen, stärkt den Einfluß der Arbeiterorganisationen durch Euren Beitritt und durch Teilnahme an ihren Bestrebungen und lest die Arbeiterzeitung: den „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ und die Fachpresse der Gewerkschaften gehören in die Hand auch der Arbeiterinnen. Nur wenn wir alle mit den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen vertraut gemacht und gewillt sind, ihnen Geltung zu verschaffen, ist auf Erfolg dieser Bestrebungen zu rechnen. Es gilt einem hohen Ziele, es gilt der Verbesserung unserer Lebensbedingungen jetzt und in der Zukunft.

Wirtschaft

Der Preiswerrat!

Selt etwa acht Tagen, seit dem Einbruch der Spekulation von Industrie und Banken in den Devisenmarkt pendelt der Kurs des Dollars in lebhaften Schwankungen hin und her. Die Reichsbank, die sich von der stürmischen Nachfrage nach Devisen hat überrumpeln lassen, ließ am vorigen Donnerstag den Dollarkurs bis auf 30 000 in die Höhe gehen, hat ihn dann durch ihre Stützungsaktion wieder gesenkt. Immerhin steht er noch jetzt 25 bis 30 Proz. über dem Kurs vom Anfang voriger Woche. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel sind erneut emporgeschmett, und es ist noch kein Ende der Teuerung abzusehen. Die Teuerung trifft aber heute die breiten Massen um so schwerer, als sie in eine Zeit verminderten Beschäftigungsgrades der Industrie fällt. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist im Wachsen.

Bis zu einem gewissen Grade finden die lebhaften Schwankungen des Dollarkurses der letzten Zeit ihre Begründung darin, daß die Reichsbank — viel zu spät — eine neue Taktik bei ihrer Stützungsaktion verfolgt. Die Hamserei von Devisen hat in erschreckender Weise zugenommen. Daß diese Devisen nicht durchweg zum Zweck der Bezahlung von lebenswichtigen Einfuhrwaren verwendet worden sind, zeigt die Tatsache, daß gerade zur Zeit des Ruhestampfes von einzelnen deutschen Unternehmern große Kapitaloperationen im Ausland unternommen worden sind, die mit Devisen bezahlt werden. Bezeichnend dafür ist z. B. die Tätigkeit, die der Stinneskongern gerade in der letzten Zeit außerhalb Deutschlands entfaltet. Auf dem Balkan bereitet er in allen möglichen Bank- und Industrieunternehmungen seine Ausdehnungen im größten Maße vor. In Rotterdam ist kürzlich mit 100 000 Gulden eine Hugo-Stinnes-Handels- und Transportgesellschaft gegründet worden. Ferner hat Stinnes in Argentinien sich niedergelassen, um dort eine Baumwollindustrie ins Leben zu rufen. So wenig man gegen die Tätigkeit deutscher Unternehmer im Ausland einwenden wird, um den Verlust der durch den Friedensvertrag abgeschrittenen Auslandsverbindungen wieder anzuknüpfen, heute, wo Deutschland seine gesamten Reserven braucht, um die imperialistische Willkür Frankreichs abzuwenden — heute sind derartige Kapitalaufwendungen eine große Gefahr. Sie mögen dem einzelnen Profite bringen, der Gesamtheit fügen sie Schaden zu. Aber das Unternehmertum fragt nur nach dem Profit.

Die Reichsbank hat nun endlich, durch eigene Erfahrung belehrt, den Warnern nachgegeben, die die bisherige Art der Marktstützung für verfehlt hielten und verlangten, man solle den Kurs nicht an einem festen Punkt halten, sondern in bestimmten Grenzen schwanken lassen. Dadurch wird den Spekulanten und Hamssternern ihre unheilvolle Tätigkeit erschwert. Die Reichsbank hat ferner den offiziellen Zinssatz von 12 auf 18 Proz. erhöht. Auch mit dieser Maßnahme, die die Kredite zu Spekulationszwecken erschweren soll, kam sie zu spät. Das Vergehen wird auch solange eine Halbheit bleiben, solange eine wirksame Kontrolle des Devisenverkehrs, wie sie die Sozialdemokratie längst im Reichstag gefordert hat, nicht erfolgt ist und solange man nicht durch rigorose Kreditbeschränkungen dem Spekulationsstau entgegentritt.

Jedenfalls sind jetzt erhebliche Schwankungen des Dollarkurses und damit auch der Preise an der Tagesordnung. Notwendig ist aber, dagegen Vorkehrung zu treffen, daß nicht mit den Schwankungen des Dollarkurses ein neuer Anreiz zur Ueberteurung der Warenpreise gegeben wird. Die Warenpreise schnellen bekanntlich mit dem Dollar in die Höhe, ohne bei seinem Rückgang sich entsprechend wieder zu senken. Es ist eine Folge der ungeheuer geschwächten Kaufkraft der gesamten Bevölkerung, daß Lebensmittelproduzenten und Lebensmittelhändler, von diesen wieder besonders der Lebensmittelgroßhandel, eine Monopolstellung gegenüber dem Verbraucher einnehmen. Pendeln nun die Devisenkurse in begrenztem Rahmen hin und her, so liegt die Gefahr nahe, daß Lebensmittelherzeuger und -händler das Risiko der schwankenden Gestehungskosten rücksichtslos auf die Verbraucher abwälzen. Dieses Risiko kann unter Umständen recht hoch sein. Nehmen wir als theoretisches Beispiel an, daß die Reichsbank den Dollarkurs zwischen 17 000 und 23 000 schwanken lassen will, so wird nach der jetzt praktisch fast überall gültigen Regel des Wiederbeschaffungspreises der höhere Kurs immer auch dann berücksichtigt werden, wenn der Handel selbst die Möglichkeit hat, sich zu niedrigerem Kurse einzudecken. In diesem Falle wäre das Risiko auf volle 6000 Punkte oder mehr als ein Drittel des niedrigsten Preises zu veranschlagen. Es geht nicht an, daß dadurch, daß man dieses Risiko auf den Verbraucher abwälzt, die Preise höher hält, als dies nach dem durchschnittlichen Dollarkurs notwendig wäre. Es muß also eine verschärfte Ueberwachung der Warenmärkte erfolgen, um das zu verhindern.

Ich kümmere mich nicht um Politik!

Diese Worte hört man jetzt oft, auch in Arbeiterkreisen. Alle Mühen und im Daseinskampf zermürdeten, alle durch den Gang der Ereignisse Enttäuschten glauben, daß es jetzt am besten sei, beiseite zu treten und abzuwarten, bis bessere Zeiten kommen.

Es gibt keine größere Sünde gegen die Interessen der Arbeiterklasse, als dieses passive Beiseitretreten. Bessere Zeiten werden nicht kommen, wenn wir nicht in schlechten zusammenstehen! Ein gemeinsamer erfolgreicher Kampf ist aber nur möglich im Rahmen der großen Massenpartei des Proletariats, der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Deshalb: Herein in die Partei!

Aufnahmeschein.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abt. _____) zu Beitragen erichte ich: Eintrittsgeld 50 M., _____ Wochenbeiträge männlich zu 100, weiblich zu 40 M., Summa _____ M. _____ den _____ 1923.
Vor- und Name: _____
geb. am _____ zu _____
Beruf: _____
Wohnung: _____
Gewerkschaftl. Organisation: _____
wo beschäftigt: _____

In den Betrieben kann dieser Schein den bekannten Vertrauensleuten der SPD. mit dem Auftrag der sofortigen Erteilung übergeben werden.

